

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer mit 5 Pf. Sonntags-Nummer mit 10 Pf. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Eingeteilt in der Post-Vertheilungs-Vereinsliste für 1892 unter Nr. 6632.

Vorwärts

Inserions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeitspalte oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Besammlungs-Anzeigen 30 Pf. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. Redakteur: August 1. Nr. 4186.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Strasse 2.

Mittwoch, den 14. September 1892.

Expedition: SW. 19, Bentz-Strasse 3.

Bur „Rettung“ des Handwerks.

Wie aus einer alten, lüderlichen Dichtung, so tropfen seit täglich wässerige Mittheilungen aus den „Berliner Politischen Nachrichten“, dem immer noch offiziellen Organe des Herrn Schweinburg, die nach und nach einen Begriff von den „umfassenden“ Maßnahmen geben sollen, welche die zuständigen Behörden beschließen zum „Wohle“ des Handwerks. Man doktrirt und rezeptirt da anscheinend einmal wieder in der alten, beliebten Weise, ohne Zuziehung verständiger, auf der Höhe der Zeit stehender Handwerker, ohne Ziel und ohne Plan, Gutes mit Schlechtem mischend, Neues mit Altem zu einem wunderlichen Brei verrührend. Das soll nur an zwei Proben aus der reinlichen Nachrichtenquelle nachgewiesen werden, die wir oben erwähnt haben.

Zunächst plant man eine „Organisation“ des Handwerks — als ob mit verlorenen Elementen noch viel zu „organisiren“ wäre! — in Gewerbelammern. Diese Gewerbelammern könnten, wenn sie vollständig eingerichtet und mit ordentlichen Befugnissen ausgerüstet würden, wenigstens Eins nützen: die unhaltbare Lage des Handwerks zahlenmäßig feststellen und vielen Leuten, oben wie unten, die Augen gründlich öffnen. Offenbar denkt man aber die „zuständige Stelle“ gar nicht daran, etwas Brauchbares aus den Gewerbelammern zu machen. Denn man hat ganz merkwürdige Sorgen wegen überaus nebensächlicher Dinge. Die „Berliner Politischen Nachrichten“ schreiben hierzu, wie wir schon gemeldet, folgendes: „Es ist wohl selbstverständlich, daß ein Gesetz, welches die Errichtung von Gewerbelammern regeln würde, eine Vorschrift enthalten muß, nach welcher neue Innungen nicht mehr gebildet werden dürfen; denn man kann unmöglich die eine Organisation fördern, wenn man ihr eine zweite an die Seite stellen würde. Auch hätten die Innungen künftig wenig Werth, weil der größte Theil ihrer Befugnisse neben verschiedenen neuen auf die Gewerbelammern übergehen soll. Aus den bestehenden Innungen könnten dagegen für die neue Organisation kräftige Stützpunkte geschaffen werden. So wäre es vielleicht angängig, man nähme auf Innungen, welche durch ihre Größe einen wichtigen Einfluß auf die Gewerbetreibenden ihres Bezirks äußern und einen bestimmten Prozentsatz dieser Gewerbetreibenden selbst zu ihren Mitgliedern zählen, insofern Rücksicht, als man ihnen gestattete, besondere Gruppen in den Gewerbelammern zu bilden. Minder kräftige würden allerdings in denjenigen Bezirken, wo Gewerbelammern gebildet werden, ihre öffentlich-rechtlichen Befugnisse verlieren müssen. Sie könnten dagegen die Korporationsrechte behalten, weil sie ja auch dann noch Funktionen ausüben müßten, welche für die Innungsmitglieder von Vortheil sind. In Bezirken, in denen immer unter der Voraussetzung, daß die Gewerbelammern nicht obligatorisch gemacht würden, solche nicht errichtet werden, wäre natürlich kein Anlaß zu einer

Änderung der gegenwärtigen Innungsverhältnisse gegeben.“ Die Gewerbelammern sollen also nicht einmal obligatorisch gemacht, sondern ihre Errichtung wird in das Belieben der indolenten Handwerker gesetzt werden. Da wird viel herankommen! Um aber der Sache den Anschein fürchtbarer Wichtigkeit zu geben, plagt man sich im Voraus mit den qualenden Gedanken, was wohl aus den Innungen werden dürfte. Theilweise sollen sie bleiben und „Gruppen“ in den Gewerbelammern bilden, theilweise verschwinden — ein schöner preussisch-bureaucratischer Gallimathias! Denn verschwinden soll der eine Theil auch nicht ganz — er soll nur seine „öffentlich-rechtlichen Befugnisse“ verlieren, dagegen die Korporationsrechte behalten, weil sie ja auch dann noch Funktionen ausüben müßten, welche für die Innungsmitglieder von Vortheil (!) sind“. Wo aber keine Gewerbelammern errichtet werden, da bleibt Alles beim Alten. Diese Pläne tragen den Stempel der politischen Mache mit anerkannterwerthender Deutlichkeit an der Stirne. Man will die Künstler nicht vor den Kopf stoßen, die an ihren Innungen hängen und den Gewerbelammern mindestens gleichgiltig gegenüberstehen; man will aber auch den nichtkünstlerischen Handwerkern Etwas bieten, die sich neustens im „Verband deutscher Gewerbevereine“ sehr für Gewerbelammern ohne Obligatorium ausgesprochen haben. Und mit diesen Fiktionen sucht man das Handwerk zu „organisiren“ und zu „retten“!

Dem organisatorischen Talent, das sich hier offenbart, entkommen wahrscheinlich auch die Vorschläge zur Regelung des Lehrlingswesens, die aus der Dichtung der „Berl. Pol. Nachr.“ getropft sind. Dieselben gehen u. A. von dem echt kleinbürgerlichen Gesichtspunkte aus, daß der Lehrling „dem Meister diejenigen Unkosten“, welche dieser für ihn in der ersten Zeit angewendet hat, „wieder einbringen“ muß. Rette Grundzüge für eine „Reform“ des Lehrlingswesens! Natürlich schwanken die „Ritter“ des Handwerks zwischen dem unflöthigen Widerspruche, daß „reformirt“ werden soll, und doch auf der anderen Seite die „Kosten“ des Lehrlings „herbeibringen“ werden müssen, hin und her, ohne zu einem brauchbaren Vorschlage zu kommen. Schließlich soll das Halten von Lehrlingen davon abhängig gemacht werden, daß der Meister ein gewisses Schwabenalter erreicht hat. Als ob das an der Ausübung der Jungen etwas ändern würde; dieselbe wird eher noch geriebener sein. Deshalb soll eine „ordentliche Beaufsichtigung“ geschaffen werden. Etwas durch die Gewerbelammern, so daß man den Bod ähnlich zum Gärtner setzt, wie die Unternehmer-Berufsgenossenschaften bei der Unfallverhütung? Das wäre unbezahlbar, zumal, nachdem sich die Beaufsichtigung des Lehrlingswesens durch Meister-Genossenschaften in Oesterreich so „glänzend“ bewährt hat. Aber vielleicht haben wir Unrecht, vielleicht sollen Inspektionen eingerichtet werden, die von Handwerkerstellen besorgt werden — dann sind wir bereit, Alles zurück zu nehmen! Einstweilen freilich flößen die tropfenweisen Mit-

theilungen der „Berl. Pol. Nachr.“ nichts weniger als Vertrauen ein, und gewöhnlich hat auch die Regel zutreffen: was einem Schweinburg zur „Bearbeitung“ überlassen wurde, das war auch danach!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. September.

Das Volk muß bluten. Ein offizieller Mitarbeiter der konservativen „Schlesischen Zeitung“ stellt des Näheren, fest, wie durch Erhöhung indirekter Steuern die Gelder für die neue Militärvorlage aufgebracht werden sollen. „Nach dem laufenden Reichshaushalt“, heißt es in dem Breslauer Blatt, „nimmt das Reich an Verbrauchssteuern ein: 10,7 Millionen Mark Tabaksteuer, 68 Millionen Mark Zuckersteuer, 41,5 Millionen Mark Salzsteuer, 120 Millionen Mark Branntweinsteuer und 23,8 Millionen Mark Brausteuern. Von diesen Steuerobjekten dürften bei der Verfolgung der Absicht, die Reichssteuerquellen ergiebiger zu machen, Salz und Zucker von vornherein auscheiden, der Zucker deshalb, weil die Steuer auf ihn erst im vorigen Jahre neu geregelt worden ist. Es bleiben also Branntwein, Tabak und Bier. Eine Reform der Branntweinsteuer ist bisher von liberaler Seite lebhaft verlangt worden, allerdings nur in der Richtung, daß der doppelte Satz der Branntwein-Verbrauchsabgabe von 50 M. pro Hektoliter für eine kontingentirte Menge von rund 2 Millionen Hektoliter und von 70 M. für die gesammte mehr erzeugte Menge und damit auch das angebliche 40 Millionen Geschenk für die Bremer wegsalle. Im nächsten Jahre ist eine neue Kontingentirung erforderlich, was schon zu einer Nachprüfung der bisherigen Art der Besteuerung Anlaß geben wird. Daß der Tabak mehr bluten muß, hat man in dem letzten Jahrzehnt wiederholt gehört, so namentlich aus dem Munde des früheren preussischen Finanzministers von Scholz, der nach Ablehnung des Tabakmonopols (1882) gelegentlich sowohl im Abgeordnetenhaus als auch im Reichstage die stärkere Heranziehung dieses Objektes für die Reichseinnahmen empfahl. Dabei kann nicht allein die Steuer auf den inländischen Tabak, die 22 M. für den Zentner beträgt und den oben aufgeführten Ertrag liefert, in Frage kommen, sondern es muß auch der Zoll berücksichtigt werden, der für Rohabak 85 M., für Zigaretten und Zigaretten 270 M., für andere Fabrikate 180 M. auf 100 Kilogramm beträgt und im Ganzen an 39 Millionen Mark einbringt. An dem Ertrage der Reichsbrausteuern sind Bayern, Württemberg und Baden nicht theilhaftig. Nach Artikel 35 der Reichsverfassung werden die Bundesstaaten ihr Bestreben darauf richten, eine Uebereinstimmung der Gesetzgebung über die Besteuerung auch des inländischen Branntweins und Biers herbeizuführen. Für Branntwein ist das Ziel erreicht, für Bier noch nicht. Bei einer Aenderung

Feuilleton.

Verbreitung verboten. [21]

Die Waffen nieder!

Eine Lebensgeschichte von Vertha von Suttner.
„Punkt ist viel zu wenig gesagt“, antwortete der Befragte. „Es ist vielmehr eine schwarze, schwere Wolke.“
Ich erbeite bis ins Innerste:
Was? wie? was meinen Sie?“ rief ich lebhaft.
„Dänemark treibt es gar zu bunt!“
„Ah so, Dänemark“, sagte ich erleichtert. „Die Wolke droht also nicht uns?“
„Es ist mir zwar unter allen Umständen betrieblend, wenn ich höre, daß man sich irgendwo schlagen will — aber wenn es die Dänen sind und nicht die Oesterreicher, dann flößt mir das wohl Beileid, aber keine Furcht ein.“
„Du brauchst Dich auch nicht zu fürchten“, fiel mein Vater lebhaft ein, „falls Oesterreich sich betheiligte. Wenn wir die Rechte Schleswig-Holsteins gegen die Vergewaltigung Dänemarks verteidigen, so riskiren wir ja nichts dabei. Es handelt sich da um kein östereichisches Territorium, dessen Verlust ein unglücklicher Feldzug herbeiführen könnte.“
„Glaubst Du denn, Vater, daß — wenn unsere Truppen ausmarschiren müßten — ich an solche Dinge, wie östereichisches Territorium, schleswig-holsteinische Rechte und dänische Vergewaltigung dächte? Ich sähe bloß eins: die

Lebensgefahr unserer Lieben. Und die bleibt gleich groß, ob nun aus diesem oder jenem Grund Krieg geführt wird.“
„Die Schicksale der Einzelnen kommen nicht in Betracht, mein liebes Kind, da wo es sich um weltgeschichtliche Ereignisse handelt. Bricht ein Krieg aus, so vorstimmten die Fragen, ob der oder der dabei fällt, oder nicht, vor der einen gewaltigen Frage, was das eigene Land dabei gewinnen oder verlieren wird. Und wie gesagt: wenn wir uns mit den Dänen raufen, so ist nichts zu verlieren dabei, wohl aber unsere Machtstellung im deutschen Bund zu erweitern. Ich träume immer, daß die Habsburger noch einmal die ihnen gebührende deutsche Kaiserwürde zurück-erlangen. Es wäre auch ganz in der Ordnung. Wir sind der bedeutendste Staat im Bunde! die Hegemonie ist uns gesichert — aber das genügt nicht... Ich würde den Krieg mit Dänemark als eine sehr günstige Gelegenheit begrüssen, nicht nur die Ehre von 59 auszuweihen, sondern auch unsere Stellung im deutschen Bunde so zu gestalten, daß wir für den Verlust der Lombardei reichen Ersatz finden und — wer weiß — so an Macht gewinnen, daß uns die Rückeroberung dieser Provinz ein leichtes wäre.“
Ich blickte zu Friedrich hinüber. Er hatte sich an dem Gespräche nicht betheiligte, sondern war in eine eifrige lachende Unterhaltung mit Lilli verwickelt. Ein stehender Schmerz schnitt mir durch die Seele: ein Schmerz, der in ein Bündel zwanzig verschiedene Vorstellungen vereinte: Krieg... und er, mein Alles, mußte mit... verkrüppelt, erschossen... das Kind unter meinem Herzen, dessen angehängtes Kömmerer gestern mit solchem Jubel begrüßt — es sollte waterlos zur Erde kommen?... Verhört, zerstört — unser kaum erblühtes, noch so reiche Frucht verheißendes

Blid!... Diese Gefahr in der einen Waagschale, und in der anderen? Oesterreichisches Ansehen im deutschen Bund, schleswig-holsteinische Befreiung — frische Lorbeerblätter im Ruhmeskranz des Heeres — das heißt ein paar Phrasen für Schulvorträge und Armeeproklamationen... und sogar das nur zweifelhaft, denn ebenso möglich wie der Sieg, ist ja die Niederlage... Und nicht nur einem vereinzelten Leid, dem meinen, wird das vermeintliche vaterländische Wohl entgegengestellt, sondern tausend und abertausend einzelne im eigenen und im Feindesland müßten denselben Schmerz einsehen, der mich jetzt durchbebt... Ach, war denn dem nicht vorzudringen — war's nicht abzuwehren? Wenn sich alle vereinten — alle Bernünftigen, Guten, Gerechten — um das drohende Uebel zu verhüten —
„Sagen Sie mir doch“, wandte ich mich laut an den Minister, „stehen die Dinge wirklich schon so schlimm? Habt Ihr, Minister und Diplomaten, habt Ihr denn solche Konflikte nicht zu vermeiden gewußt, werdet Ihr deren Ausbruch nicht zu verhindern wissen?“
„Glauben Sie denn, Baronin, daß es unseres Amtes ist, den ewigen Frieden zu erhalten? Das wäre allerdings eine schöne Mission — aber unausführbar. Wir sind nur da, über die Interessen unserer respektiven Staaten und Dynastien zu wachen, jeder drohenden Verringerung ihrer Machtstellung entgegen zu arbeiten und jede mögliche Suprematie zu erringen trachten, eifersüchtig die Ehre des Landes hüten, uns angethanen Schimpf rächen.“
„Kurz“, unterbrach ich, „nach dem kriegerischen Grundsatz handeln: dem Feind — das ist nämlich jeder andere Staat — thunlichst zu schaden und, wenn ein Streit ent-

der norddeutschen Biersteuer ist Gelegenheit gegeben, jenes verfassungsmäßige Bestreben zur Geltung zu bringen. Versuche, die Reichs-Brausteuern, die mit zwei Mark für den Zentner von dem zur Bierbereitung verwandten Malz, Schrot etc. mit drei und vier Mark von anderen Malzsurrogaten erhoben wird, zu verdoppeln, schlugen in den Jahren 1879, 1880 und 1881 fehl, obgleich damit noch nicht der bayerische Satz erreicht worden wäre. Als Auspug, der die Urtheilslosen blenden soll, wird dann noch eine Erhöhung der Reichs-Stempelabgaben geplant sein. Gegenüber der für die Gegenstände des Massenverbrauchs beabsichtigten Mehrbelastung ist dieses letzte Besteuerungsobjekt recht unbedeutend, so tief betroffen die Börsenblätter auch darüber — scheinen. Betroffen wird durch einen Zuschlag zu der jetzt bestehenden Stempelabgabe der Kleinbürger, der kleine Bauer, Krämer, Handwerker, der Geschäfte, bei denen Stempel erforderlich sind, abzuschließen genötigt ist. Der große Kapitalist wird durch diese Speise, die er auf Andere abwälzt oder zu den Geschäftsspeisen schlägt, nicht ernsthaft berührt. Zum Beweis dafür, welche unerhebliche Stellung im Reichshaushalt die Reichs-Stempelsteuer im Vergleich zu den Erträgen von Branntwein, Bier, Tabak nehmen, diene nachstehende Uebersicht. Es betrug 1890/91 (siehe Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1892, S. 183 ff.) der Einnahme von

Bier im Brausteuergebiet	80 299 700 M.	} 299 476 600 M.
Branntwein im Branntweinsteuergebiet	133 968 700 „	
Tabak (Zoll und inländische Steuer)	55 270 200 „	
Reichsstempel-Abgaben (Wechsel, Spielkarten, Wertpapierstempel)	55 563 700 „	

Diese Zahlen offenbaren, welcher Druck auf notwendigen Lebensmitteln der Masse wuchtet. Thut nichts, im Interesse des Heerwesens — die Präsenzstärke der deutschen Armee stieg von 401 659 Mann in 1874 auf 486 988 Mann in 1892/93, der Militäretat von 475 auf 726 Millionen im gleichen Zeitraum — soll die Masse bis auf Weiße zur Ader gelassen werden. —

Brausteuern! Kürzlich meldeten wir, nach den Münchener „Neuesten Nachrichten“, daß ein preussischer Steuerkontrolleur in Bayern Erhebungen über die Wirkung des bayerischen Malzansschlags anstelle. Man schloß daraus, daß für das Brausteuergebiet die bayerische Besteuerungsweise eingeführt werden solle. Die „Neuesten Nachrichten“ melden nun offiziell, daß in bayerischen amtlichen Kreisen von einer Absicht der Reichsregierung, eine Aenderung der Bierbesteuerung herbeizuführen, überhaupt nichts bekannt sei. Es sei auch nicht anzunehmen, daß das System und die Höhe der bayerischen Steuer für Norddeutschland angenommen werde. Selbst wenn dies aber der Fall wäre, so würde eine Vereinigung der Steuergebiete — unter Wegfall der Rückvergütung und der Uebergangsteuer — schwerlich zu erwarten sein, da diese von der Zustimmung des bayerischen Landtages abhängig sei. Dieser Abwiegungsversuch ist mit größtem Mißtrauen anzunehmen. Wie beim Branntwein, so ist auch beim Bier der bayerische Landtag zu haben, wenn die bayerische Regierung nur will. —

Herr Thielen, der „Sozialreformer“. Uns wird geschrieben: „Am 3. September wurden die Arbeiterauschüsse der Staatsbahnen (Musterwerkstätten) zu Berlin nach dem Leipziger Garten zusammengetrommelt. Dort wurde ihnen mitgeteilt, daß die Regierung den Bau von Arbeiterwohnungen für die Staatsbahnarbeiter beabsichtigt und daß das Vermögen der Pensionskasse gegen die üblichen Zinsen dazu verwendet werden solle. Man stellte die Frage, wie sich die Ausschüsse dazu stellen. Der bekannte Herr Regierungsbaurath Post sollte selbst auftreten, war aber leider nicht erschienen, an dessen Stelle war ein Herr Dr. Albrecht aus dem Eisenbahnministerium anwesend, außer ihm war ein sehr eifriger Betriebssekretär anwesend. Der Berliner Spar- und Bauverein war ebenfalls durch seinen Vorstehenden vertreten, der in längerer Rede die Vortheile, welche sein Verein bietet, den Anwesenden demonstrierte. Man wollte nach hannoverschem Muster bauen, das Kapital solle aus dem Alters- und Invalidenversicherungs-Fonds geliehen werden. Wie aus den Aeußerungen des Herrn Dr. Albrecht heraus-

zuhören war, lag nichts im Wege, mit dem Bauverein gemeinsame Sache zu machen. Ueberhaupt waren die Herren Landtageverwunderter, daß verschiedene Anwesende die „großen Wohlthaten“ nicht einsehen wollten und anderer Meinung waren. Um alles Mißtrauen hinweg zu blasen, wurde von jedem Ausschuss ein Mißtrauensbestimmtes, das auf Staatskosten nach Hannover reisen soll, um da die paradiesähnlichen Zustände der vom hannoverschen Bauverein gebauten Arbeiterwohnungen zu besichtigen und von den Zusätzen selbst zu erfahren, wie behaglich sie sich fühlten! — Den meisten Anwesenden konnte man es vom Gesicht ablesen: „Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.“ — Wer die Lohnindustrie und die Behandlung, welche der Arbeiter von seinen Vorgesetzten erfährt, genauer kennt, der glaubt nun und nimmer an die Sozialreform von Oben. Was sind die Arbeitervertretungen, Krankenkassenvertreter, Pensionskassenvertreter, Arbeiterauschüsse? Nicht das geringste wirkliche Recht wird ihnen zugestanden, sie dienen nur zur Staffage, zu sagen haben sie nichts, und magt wirklich Jemand seine ihm zustehenden Rechte geltend zu machen, dann wird ihm bald in unzweideutiger Form Bescheid gegeben, was ihm bevorsteht.“ Wir haben die Beglückungsversuche der Post und Genossen oft in ihrer Nichtigkeit aufgezeigt, wir haben die thätigen Versuche der Bourgeoisie, an der Wohnungsfrage herumzupfuschen, eingehend behandelt, wir haben die Thielensche Wohnungspolitik erst kürzlich genau kritisiert. Es genügt, darauf zu verweisen. Herr Thielen sollte, statt mit derartigen Blänchen sich zu bemühen, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Bahnbediensteten gründlich aufbessern. Aber er ordnet Entlassungen und Lohnreduktionen an. Das hat diese Arbeiterbeglückung einmal so auf sich. — Daß Herr Thielen übrigens Schule macht, ergibt sich aus einer Karlsruher Meldung, wonach der Vorstand der Alters- und Invaliditäts-Versicherungsanstalt Baden beim Ausschuss die Bewilligung von Darlehen an Gemeinden und Gesellschaften zum Bau von Arbeiterwohnungen gegen den niedrigsten Zinsfuß und bei gänzlicher Amortisation innerhalb 50 Jahren beantragt hat. —

Was soll das heißen? Die Breslauer „Volkswacht“ schreibt: „Am Sonntag Nachmittag krazten Polizisten an allen Anschlagstafeln der guten Stadt Breslau im Schutze ihres Angesichts mit einem Eifer herum, als gelte es, den Staat zu retten. Neugierig, wem ihre ungenohnte Thätigkeit gelte, traten wir näher und bemerkten, daß die Plakate abgerissen wurden, welche zum Besuche der heutigen Parteiverammlung aufforderten. — Was soll das heißen? fragen wir. Sind auf jenen Plakaten etwa Verleumdungen gegen die Sittlichkeit enthalten gewesen? Oder beunruhigten dieselben vielleicht das Publikum? An das erstere ist garnicht zu denken und an das letztere noch viel weniger, denn durch die heutige Parteiverammlung soll gerade das Publikum beruhigt werden, welches in seinem Frieden durch die provokatorischen Aeußerungen eines hohen Beamten so jäh gestört wurde. Die Polizeibehörde wird daher ihr unschändliches Handeln zu verantworten haben.“ Auf der Tagesordnung stand: Der Breslauer Landgerichtsdirektor Schmidt, die Sozialdemokratie und der Meineid.“ Herr Schmidt, den die Vorbeeren des Herrn Komon nicht schlafen ließen, hat bekanntlich die so alberne Unwahrheit nachgesprochen, daß die sozialistische Parteiloyalität ihren Mitgliedern empfohlen habe, überall da, wo Sozialisten als Angeklagte vor Gericht stehen, Meineide zu schwören, um die Angeklagten zu entlassen. Wenn die Breslauer Polizei die Plakate auch abgerissen hat, so nützte sie damit dem Herrn Schmidt rein gar nichts. Die Versammlung war außerordentlich stark besucht und erhob gegen die Aeußerungen des Herrn Schmidt einen Protest, den derselbe um so weniger hinter den Spiegel stecken wird, als zugleich das Gericht an den Justizminister des Reichsstaates Preußen gerichtet wird, den Landgerichtsdirektor Schmidt zu entlassen und ihn nach § 336 des Strafgesetzbuchs in Anklagezustand zu versetzen. —

Die Ehrenerklärer. In der „Frankfurter Zeitung“ (Nr. 256 vom 12. d. M.) liest man: „Aus Elsfleth erhalten wir eine mit zahlreichen Unterschriften versehene Erklärung, die sich bemüht, den Herrn Rheder Adolf Schiff, der durch seinen Brief über den Untergang zweier Schiffe

zu einer so traurigen Berühmtheit gelangt ist, als „Ehrenmann“ nach wie vor hinzustellen. Natürlich schenken diese Ehrenerklärer den Worten Schiff's, daß das Wörtchen „Leider“, mit dem er in jenem Brief von der Rettung der Mannschaft der gestrandeten Schiffe spricht, einem Flüchtigkeitsfehler sein Dasein verdanke, den vollsten Glauben, was ihnen unbenommen sein soll. Verwunderlich ist es nur, daß sie nicht auch den Ausdruck der Freude über die glückliche eingeehmten Affekuranzgelder für einen Flüchtigkeitsfehler erklären. Uns vermag das Zeugnis der Elsflether Herren in dem Urtheil über die Handlungsweise und den Charakter Schiff's in keiner Weise zu betreffen; wir halten das „Leider“ für ebenso aufrichtig wie das gehobene Gefühl, mit dem der Elsflether Rheder die Affekuranzgelder eingeehmt hat.“

Die „Kreuz-Zeitung“ (Nummer 428 vom 13. September) schreibt: „Wir können nur wiederholen, daß es dringend wünschenswerth ist, der Schiff'schen Angelegenheit a m t l i c h näher zu treten. Rheder Schiff ist nichtständiges Mitglied des Reichs-Versicherungsamts für die Abtheilung der See-Unfallversicherung.“

Cholera und Sozialdemokratie. Unter dieser Spitzmarke haben wir (Nr. 211 vom 13. September) nach der „Volk-Zeitung“ über den Hamburger Pastor Weymann berichtet. Herr Weymann erklärt nun im Hamburger „Echo“: „Ich habe die Ausdrücke ‚Vertuschungspolitik‘, ‚Beho und Verleumbden‘, und ‚drei Schuster‘ nicht in den Mund genommen, hätte das auch nicht thun können, ohne mich einer Unwahrhaftigkeit schuldig zu machen, da ich von Beho und Verleumbden der wenigen Männer in unserer Gemeinde, welche mir bei Gelegenheit der letzten Wahlen als Führer der Sozialdemokratie bezeichnet wurden, nie etwas gehört oder gemerkt habe. Der Ausdruck aber ‚drei Schuster‘ paßt so wenig zu meiner ganzen Art und Weise, daß Niemand mir denselben zutrauen sollte.“ Das Blatt, worin so brav geflüstert wurde, war das Stöcker'sche „Volk“. —

Der konservative Parteitag, dieses Kreuz der Rechten, soll nun endlich Mitte Oktober stattfinden, D. h. die vorläufigen Dispositionen sind derartig getroffen, daß dem Zusammentritt nichts im Wege stehen dürfte. Die Eier nach „reinerlicher Scheidung“ scheint nicht so stark zu wirken, wie man Andere glauben machen möchte. —

Reichsländische und altdeutsche Pragis. In Preußen, so schreibt die „Frankfurter Zeitung“ (Nr. 257 vom 13. September) pflegen die Herren Staatsanwälte, die von Jahr zu Jahr sündiger werden bei Strafprozessen gegen Redakteure, die eines Preßvergehens angeklagt sind, mit Vorliebe Gefängnisstrafe auch bei geringfügigen Delikten zu beantragen. Sie begründen das damit, eine Geldstrafe werde „muthmaßlich“ den Angeklagten gar nicht treffen, da sie — wiederum „muthmaßlich“ — von der Zeitung getragen werde. Die Gerichte haben sich seither gewöhnlich nicht um die staatsanwaltlichen Muthmaßungen gekümmert, sondern die Strafe nach der That und nach den Umständen ausgemessen. Ganz die entgegengekehrte Doktrin, wie unsere Staatsanwälte, entwickelte jüngst der Staatsanwalt in Mülhausen (Elsas) in einem Prozeß gegen den Redakteur der sozialdemokratischen „Elsas-Lothringischen Volkszeitung“, Herrn Martin. Nicht der Redakteur des Blattes, so führte er aus, solle hier vor Gericht stehen, sondern die Partei, deren Vertreter er sei. Deshalb glaube er auch, daß eine hohe Geldstrafe empfindlicher sei, als wenn man den Herrn Martin in's Gefängnis stecke. Er beantrage daher eine Geldstrafe von 200 M. Der Gerichtshof scheint diese Anschauung getheilt zu haben, denn er erkannte auf — 300 M. Geldstrafe, für die in Elsas-Lothringen, wo noch Napoleonisches Preßrecht gilt, die für das Blatt gestellte Kaution (10 000 M.) haftbar ist. Auf welcher Seite die gefundene Logik ist, ob auf der altdeutschen oder auf der reichsländischen, sagt die „Frankfurter Zeitung“, mögen die Herren Juristen unter sich ausmachen. Die Taktik des elsässischen Staatsanwalts ist in ihrem Wesen der altdeutschen gleichartig; diese packt den Einzelnen als Parteimann, jene sucht die Partei wirtschaftlich anzupacken. —

Zwanzig dieselben. Der zehnte bayerische Handwerkerstag, der kürzlich in München getagt

steht, so lange hartnäckig behaupten, daß man im Recht ist, — auch wenn man sein Unrecht einseht, nicht wahr?“ „Allerdings.“

„Bis beiden Streitenden die Geduld reißt und drauf losgehauen werden muß... es ist abscheulich!“

„Das ist doch der einzige Ausweg. Wie anders soll denn ein Völkervertrag geschlichtet werden?“

„Wie werden denn Prozesse zwischen einzelnen gestifteten Menschen geschlichtet?“

„Durch das Tribunal. Die Völker unterstehen aber keinem solchen.“

„Ebenso wenig wie die Wilden.“ kam mir Doktor Dreyer zu Hilfe. „Ergo sind die Völker in ihrem Verkehr noch ungestiftet und es dürfte wohl noch lange Zeit vergehen, bis sie dazu gelangen, ein internationales Schiedsgericht einzuführen.“

„Dazu wird es nie kommen,“ sagte mein Vater. „Es giebt Dinge, die nur ausgefochten und nicht ausprotestirt werden können. Selbst wenn man versuchen wollte, ein solches Schiedsgericht zu errichten — die starken Regierungen würden sich demselben ebenso wenig beugen, wie zwei Edelleute, von denen der eine beleidigt worden, ihre Differenz zu Gericht tragen. — Die schiden einander einfach ihre Zeugen und schlagen sich rechtlich.“

„Das Duell ist aber auch ein barbarischer, unsittlicher Brauch.“

„Sie werden's nicht ändern, Doktor.“

„Ich werde es aber wenigstens nicht gutheißen, Excellenz.“

„Was sagst denn Du, Friedrich?“ wandte sich nun mein Vater an den Schwiegersohn. „Bist Du etwa auch der Ansicht, daß man nach einer erhaltenen Ohrfeige zu Gericht gehen soll und um 5 fl. Schadenersatz klagen?“

„Ich würde es nicht thun.“

„Du würdest den Beleidiger fordern?“

„Versteht sich.“

„Aha, Doktor — aha, Martha,“ triumphirte mein Vater, „hört Ihr? Auch Tilling, der doch kein Freund des Krieges ist, giebt zu, ein Freund des Duells zu sein.“

„Ein Freund? Das habe ich nie behauptet. Ich sagte nur, daß ich gegebenen Falls selbstverständlich zum Duell greifen würde — wie ich es übrigens auch schon ein und das andere Mal gethan; gerade so selbstverständlich, wie ich schon mehrere Male in den Krieg gezogen, und bei dem nächsten Anlaß wieder ziehen werde. Ich füge mich den Satzungen der Ehre. Damit will ich aber keineswegs gesagt haben, daß diese Satzungen, wie sie unter uns bestehen, meinem sittlichen Ideal entsprechen. Nach und nach, wenn dieses Ideal die Herrschaft gewinnt, wird der Begriff der Ehre auch eine Wandlung erfahren: einmal wird eine erhaltene Injurie, wenn sie unverdient ist, nicht auf den Empfänger, sondern auf den tohen Geber als Schmach zurückfallen; zweitens wird das Selbstträgeramt auch in Sachen der Ehre ebenso außer Gebrauch kommen, wie in kultivirter Gesellschaft die Selbstjustiz in anderen Dingen thatsächlich schon verschwunden ist. Bis dahin —“

„Da können wir lange warten,“ unterbrach mein Vater. „So lange es überhaupt Edelleute giebt.“

„Das muß auch nicht immer sein,“ meinte der Doktor. „Oho, Sie wollen gar den Adel abschaffen, Sie Radikaler?“ rief mein Vater.

„Den feudalen allerdings. „Edelleute“ braucht die Zukunft keine.“

„Desto mehr Edelmenschen,“ bekräftigte Friedrich. „Und diese neue Gattung wird Ohrfeigen einstecken?“

„Sie wird vor allem keine aussteilen.“

„Und sich nicht vertheidigen, wenn der Nachbarstaat einen kriegerischen Einfall macht?“

„Es wird keine einfallenden Nachbarstaaten geben — ebensowenig als jezt unsere Landsitze von feindlichen Nachbarburgen umgeben sind. Und wie der heutige Schlossherr keinen Troß bewaffneter Knappen mehr braucht.“

„So soll der Zukunftsstaat des bewaffneten Heeres entzogen können? Was wird dann aus Euch Oberstleutenants?“

„Was ist aus den Knappen geworden?“

„So hatte sich der alte Streit wieder einmal entsponnen, und derselbe wurde noch eine Zeit lang fortgesetzt. Ich hing mit Entzücken an Friedrich's Lippen; es that mir un-

fählich wohl, die Sache erhöhter Besitzung von ihm so fest und sicher vertreten zu sehen, und im Geiste verlieh ich ihm selber den Titel, den er vorhin genannt hatte: „Edelmensch“!

Drittes Buch.

1864.

Wir blieben noch vierzehn Tage in Wien. Es war aber keine fröhliche Urlaubszeit für mich. Dieses fatale „Krieg in Sicht“, welches unumkehr alle Zeitungen und alle Gespräche ausfüllte, benahm mir jede Lebensfreudigkeit. So oft mir etwas von den Dingen einfiel, aus welchen mein Glück zusammengesetzt war — vor Allem der Besitz eines täglich theurer werdenden Gatten — so oft mußte ich an die Unsicherheit denken, an die unmittelbare Gefahr, welche der in Aussicht stehende Krieg über mein Glück verhängte. Ich konnte desselben, wie man zu sagen pflegt, nicht froh werden.“ Der Zuverlässigkeit von Krankheit und Tod, von Feuersbrunst und Ueberschwemmungen — kurz, der Natur- und Elementar-drohungen giebt es genug; aber man hat sich gewöhnt, nicht mehr daran zu denken und lebt trotz dieser Gefahren in einem gewissen Stabilitätsbewußtsein. Doch wozu haben die Menschen sich auch noch willkürlich selbst verhängte Gefahren geschaffen, und so den ohnehin vulkanischen Boden, auf den ihr Erdenglied gebaut ist, noch eigenmächtig und muthwillig in künstliches Schwanken verlegt? Zwar haben sich die Leute daran gewöhnt, auch den Krieg als Naturereigniß zu betrachten und denselben als vertragsaufhebend in einer Linie mit Erdbeben und Wassernoth zu nennen — daher auch so wenig als möglich daran zu denken. Aber ich konnte mich in diese Auffassung nicht mehr finden. Jene Frage: „Muß es denn sein?“ von welcher einst Feilerich gesprochen, die hatte ich mir mit Bezug auf den Krieg oft mit „nein“ beantwortet; und statt Resignation empfand ich dann Schmerz und Groll — ich hätte ihnen allen zureufen wollen: „Thut es nicht! — thut es nicht!“ Dieses Schleswig-Dolstein und die dänische Verfassung — was ging denn das uns an? Ob der „Protokoll-Prinz“ die Grundgesetze vom 13. November 1863 aufhob oder bestätigte — was war denn das uns? Aber da waren alle

hat, auf dem die Zunfttheiligen Vieh und Genossen den Ton angaben, hat in einer Resolution den Beschlüssen nachweislich und die Zwangsinnung als einen hauptsächlichsten Programmpunkt bezeichnet. Während der Kleinbetrieb in allen Fugen kracht, täuschen sich seine Vertreter mit erstaunlicher Einseitigkeit über den Ausgang ihres Verzweiflungskampfes wider das großgewerbliche Unternehmertum. —

Holzmann. In der Ausweisungssache ist bis heute, den 13. d. Mts., Abends, noch nichts entschieden. —

Schwarzes und rothes Kartell. Angst vor dem „schwarzen Kartell“ und Angst für das „rothe Kartell“ hat Laute Voh. Sie traut Herrn von Caprivi die diabolische Absicht zu, für die Militärvorlage à la Bismarck nach einer „doppelten Majorität“ zu streben — einer mit dem Zentrum und Konservativen, und einer mit den Nationalliberalen und den Konservativen. Gelingen ihm letzteres, so werde es schlimm stehen um das „rothe Kartell“, wie euphemistisch die Einigung der „liberalen Parteien“ genannt wird. Nun, dieses „rothe Kartell“ scheint uns eher grün zu sein, sehr grün; und wenn Laute Voh ihre Hoffnungen für die kommenden Landtagswahlen auf das „rothe Kartell“ setzt, so hat sie auf Sand gebaut. Betreffs der Nationalliberalen braucht sie sich übrigens den Kopf nicht zu zerbrechen. Dieselben lauern nur darauf, daß die Regierung ihnen den kleinen Finger reicht. Leider haben sie nichts zu geben und werden sie auf das erhoffte Angebot zu warten haben, wie Toggenburg auf die Geliebte oder wie Bennigsen auf das Ministerportefeuille. —

„Der Fluch des neuen Kurzes.“ Anlässlich der neuen Militärvorlage kommt die „Nationalliberale Korrespondenz“ auf die früheren Reden des Herrn von Caprivi zu sprechen, in denen ein ganzes Arsenal gegen die Militärvorlage zu finden ist, und verteidigt sich gegen die Militärvorlage zu finden ist, und verteidigt sich zu dem Ausruf: „Es ist eben der Fluch des neuen Kurzes, sich durch Reden zu den natürlichen noch künstliche Hindernisse aufzuhängen.“ Mag sein. Aber wir dächten, das sei keine Eigentümlichkeit des „neuen“ Kurzes, der ja im Grunde der „alte“ ist, sondern es sei bereits unter dem „alten Kurs“, der im Grunde der „neue“ ist, genau ebenso gewesen. Fürst Bismarck, hat doch im Selbstwidersprechen das Menschenmögliche geleistet. In diesem Punkt ist Caprivi der reine Waisenknecht verglichen mit dem Kanzler, der in seinem politischen Leben nichts, aber auch gar nichts gethan hat, was sich nicht aus seinem eigenen Mund als Lüge, Niedertracht, Staatsverbrechen oder Dummheit erweisen ließe. —

„Annexion von Hamburg.“ Die Nachricht, daß Hamburg von Preußen annektiert werden solle, geht durch die französische Presse. Wie es scheint, haben einige mißverständliche Neuigkeiten deutscher Blätter über das angeblich geplante Reichs-Scudengesetz die Ausbeutung der größten Nachricht herbeigeführt. Auch sonst ernsthaftere Zeitungen bringen den Blödsinn — ein Beweis, daß sie nicht mehr an die Wichtigkeit des einst in Frankreich geltenden Sprichwortes glauben: Das Lächerliche tödtet. —

Der Kongreß sozialistischer Gemeinderäte Frankreichs in St. Ouen war am ersten Sitzungstage von 40 Delegierten besucht. Es sind sämtliche Fraktionen der französischen Sozialdemokratie auf dem Kongresse vertreten. Von bekannteren Namen nennen wir die der Genossen Bailliant, Rouanet und Prudent-Dervillers vom Pariser Stadtrath, ferner Carotte von Roubaix und Clement aus den Ardennen. Es ist demnach zu erwarten, daß auf dem Kongresse neue wichtige Schritte zur Herbeiführung der langersehnten Einigung der französischen Genossen geschehen werden. Die erste Handlung des Kongresses bestand in der Absendung eines Telegrammes nach Carmaux, in welchem sich die Delegierten mit den streifenden Arbeitern solidarisch erklärten und sie zu weiterem unerschrockenem Widerstande aufforderten. Der Delegierte von Carmaux wurde zum Vorsitzenden ernannt. Am Abend zuvor, also im letzten Augenblick, hatte die Regierung dem Stadtrath von St. Ouen telegraphisch mitgeteilt, daß sie die Abhaltung des Kongresses in einem der Gemeinde angehörigen Gebäude untersage; natürlich lenkt diese Kleinliche

Blätter und Gespräche nur immer voll von Erörterungen über diese Frage, als wäre das das Wichtigste, Entscheidende, Weltumwälzende, was sich denken läßt, sodas die Frage: „Sollen unsere Männer und Söhne todtgeschossen werden oder nicht?“ daneben gar nicht aufkommen dürfte. Nur einigermaßen konnte es mich verjöhnen, wenn mir nämlich der Begriff „Pflicht“ so recht vor die Seele trat. Nun ja: — wir gehörten zum deutschen Bunde und mit den verbündeten deutschen Weibern im Verein mußten wir für die Rechte unterdrückter deutscher Brüder kämpfen. Das Nationalitätsprinzip war vielleicht doch etwas, das mit elementarer Kraft Bethätigung erheische — von diesem Standpunkte aus also mußte es sein. . . . Beim Anklammern an diese Idee ließ der schmerzende Groll in meiner Seele ein wenig nach. Hätte ich voraussehen können, wie zwei Jahre später diese ganze deutsche Verbrüderung in bitterste Feindschaft sich auflösen sollte; wie dann der Preußenhaß in Oesterreich noch viel wüthender anders gefacht würde, als jetzt der Dänenhaß — so hätte ich damals schon erkannt, wie ich das seither erkennen gelernt, daß die Motive, welche als Rechtfertigung der Feindseligkeiten angeführt werden, nichts als Phrasen sind, Phrasen und Vorwände.

Den Sylvesterabend verbrachten wir wieder im Hause meines Vaters. Mit dem Schläge zwölfs erhob dieser sein Bauschglas:

„Möge der Feldzug, welcher uns in dem neugeborenen Jahre bevorsteht, ein für unsere Waffen glorreicher werden!“ — sprach er feierlich — ich stellte mein schon erhobenes Glas auf den Tisch zurück — „und mögen unsere Lieben uns erhalten bleiben!“ beschloß er.

Jetzt erst that ich Bescheid.

„Warum hast Du bei der ersten Hälfte meines Toastes nicht angehoßen, Martha?“

„Weil ich von einem Feldzug nichts anderes wünschen kann, als daß er — unterbleibe.“

(Fortsetzung folgt.)

Schikantung die allgemeine Aufmerksamkeit nur noch in erhöhtem Maße auf den Kongreß, dessen Sitzungen jetzt also in einem Privatkolale stattfinden. —

Auch Du! Clemenceau, weiland Führer des radikalen, dem Sozialismus zuneigenden Bürgerthums, hat sich jetzt in einem Brief an den russischen Gesandten in Paris als Anhänger des russisch-französischen Bündnisses bekannt und mit seiner demokratischen Vergangenheit gebrochen. Clemenceau war früher ein entschiedener Gegner des Chauvinismus, er stürzte seiner Zeit Gambetta, weil dieser durch seinen Chauvinismus die Republik in Gefahr brachte, und erblickte in der Fortentwicklung der französischen Republik zum demokratischen Sozialismus die beste Bürgschaft des Friedens. Der alte Bourgeois-Adam ist aber, wie man sieht, schließlich zum Durchbruch gekommen, und Herr Clemenceau ist auf das Niveau der Deroulode und Konforten herabgesunken. So geht es mit all diesen bürgerlichen Größen! Eine fällt nach der andern! —

Diplomatische Komödie. Aus Paris wird unter'm 13. d. M. gemeldet: „Der belgische Gesandte machte Minister Ribot formell Vorstellungen wegen der Mißhandlung und Schutzlosigkeit der belgischen Arbeiter in den französischen Grenzdistrikten und forderte entschieden Schutz für die Belgier. Ribot sagte energische Maßregeln zu.“ Die Arbeiterprügeleien entspringen aus der Gier nach Gewinn der französischen Unternehmer, die belgische Lohnrücker in die französischen Grubenbezirke einführen. Da Herr Ribot Fleisch vom Fleische der Schutzpatrone des Schmutz-Wettbewerbes ist, und da die belgischen Staatsmänner im eigenen Lande die schmachlichste Ausbeutung und Degradation der Arbeiter, die so zur Schmutzkonzurrenz daheim künstlich erst gezüchtet werden, nicht bloß dulden, sondern fördern, so ist diese ganze Unterredung nur eine leere Förmlichkeit. Was den Herrn Ribot nicht abhalten wird, einwels aus dem „Mob“ herausgreifen und krummschließen zu lassen, die Antifister der Krawalle, die Kohlenbarone, aber gelegentlich für den Orden der Ehrenlegion, das hehrersehnte Ziel der Kapitalisten, vorzuschlagen. Natürlich wirken die bürgerlichen Blätter bei dieser eften Postse weder mit. Unser belgisches Bruderblatt, der Brüsseler „Peuple“ („Das Volk“) schreibt in einer seiner letzten Nummern: „Nach unserer Ansicht ist es notwendig, daß der Nationale Bund der belgischen Bergarbeiter offiziell eingreift, um diese bedauerlichen Mißverständnisse zu beseitigen. Er müßte sich in Verbindung setzen mit dem Bunde der Arbeitersyndikate von Pas-de-Calais (Frankreich) und die Grundzüge einer Rundgebung erörtern und diese an die Arbeiter des Borinage (des wallonischen Kohlenreviers) und des Pas-de-Calais richten.“ Wie dem Amtlichen Bulletin der Pariser Arbeitersbörse (Nr. 334 vom 11. d. M.) zu entnehmen ist, sind die französischen Abgeordneten Vasily und Lamendin in dem Brennpunkt der Krawalle, in Liévin, eifrig bemüht, Frieden zu stiften. Nur die Arbeiter selbst können dank dem Sozialismus Wandel schaffen und dem Bruderkerrie ein Ziel setzen. Sonst wird das Genbarmen-Kartell Belgiens und Frankreichs zur lebhaften Freude der Plusmacher gesteigert zu einem Militär-Kartell, das die Arbeiter mit Kolben- und Flintenschüssen zur Ruhe bringt. —

Englisches. Die Londoner Sozialdemokratie organisiert für den 13. November eine große Protestversammlung in Trafalgar-Square gegen das unter Salisbury erlassene Verbot der Versammlungen unter freiem Himmel. Der „große alte Mann“, Premierminister Gladstone, wird dann zu zeigen haben, ob er das Versammlungsrecht der Arbeiter höher schätzt, als sein konservativer Konkurrent. —

Aus Italien. Man schreibt uns: Bevor wir etwas über die neuen Parlamentswahlen (sie finden im Oktober oder Anfang November statt) und die Stellung, welche die Sozialisten verschiedener Richtungen ihnen gegenüber einnehmen werden, berichten, wird es gut sein, der verflochtenen Legislaturperiode, der XVII. seit Gründung des Königreichs, einige Worte zu widmen. Unter den vom Dezember 1890 bis Mitte Juni 1891 behandelten Gegenständen hat keiner eine größere Bedeutung, als die Frage der Schutzölle. Die Vertheuerung der Lebensmittel, Folge der Erhöhung der Eingangszölle beim Abschluß der letzten Handelsverträge, lastet auf der ganzen Bevölkerung. Da helfen keine Konzessionen, diktiert von einer schutzöllnerischen Sparpolitik, wie Aufhebung einer Anzahl von Präferenzen, Aufhebung der Schlichtgebühren oder Entziehung der Unterstützungsgelder für die im Auslande bestehenden italienischen Schulen. Diese unbedeutenden Erleichterungen sind keine Kompensation für die dem ganzen Lande auferlegten Lasten. Das Parlament und die Regierung folgt zudem sehr gerne dem Drängen der Weinbergbesitzer im Süden und der Großgrundbesitzer in Mittel-Italien. Die nothwendigsten Konsumartikel haben einen 3 bis 4 Mal höheren Preis als im Auslande. Unglücklicherweise ist man der Einführung der neuen Kornölle nicht mit dem heftigen Protest entgegengetreten, wie es nöthig gewesen wäre. Leider müssen wir das Gleiche von den Sozialisten sagen. Im entscheidenden Augenblicke konnten sich dieselben zu keinem energischen Vorgehen vereinigen, und die Opposition eines Theils der liberalen Bourgeoisie war energischer, als diejenige unserer Arbeitervertreter. Und doch gab der neue Kornzoll den letzteren eine mächtige Waffe in die Hand, der Schutzöll ist bei den Kleinbauern, Handwerkern und Arbeitern so unpopulär als nur irgend möglich. Es soll hier Niemanden ein persönlicher Vorwurf treffen, denn die Schwierigkeiten, welche die Regierung einer solchen Agitation entgegenzusetzen würde, sind so bedeutend, daß nur geeinte energische Thätigkeit sie überwinden könnte, und diese ist unmöglich bei der bekannten Zersplitterung der Kräfte und dem Mangel einer nationalen sozialistischen Organisation.

Ein fernerer Gegenstand der Verhandlungen war der Antrag der Einführung der gewerblichen Schiedsgerichte. Italien steht in Bezug auf die Arbeiterschutz-Gesetzgebung auf der denkbar niedrigsten Stufe; es besitzt nicht einmal einigermaßen humane Vorschriften zur Beschränkung der Kinderarbeit. Die Bemühungen des Deputirten Rossi bei der Vertbeidigung des Postulats hatten gar keinen Erfolg. Die Kammer stimmte zwar zu, aber das Gesetz erfuhr im Senate solche Modifikationen, daß sie über dasselbe gar nicht beraten konnte. Ganz ähnlich verhielt es sich mit dem Vorschlag einer obligatorischen Unfallversicherung. Eine Menge von Akten gingen der Kammer über diesen Gegenstand seit 1878 zu, Gesetzesvorschläge, Berichte, statistische Arbeiten, die dem Gleichgültigsten Einsehen einflößen konnten. Am Anfange der verflochtenen Legislaturperiode überreichte nun die Regierung endlich dem Senate einen Gesetzentwurf betreffend die obligatorische Unfallversicherung. Wesh Geistes Kind dieser Entwurf war, kann man aus dem Umfange ersehen, daß er wie es hieß, diejenigen befriedigen sollte, welchen die Pasterpflicht durchaus unannehmbar scheint. Aber auch diese bescheidene Forderung, trotzdem sie nur auf

Einführung von die Gesundheit und das Leben des Arbeiters schützenden Vorrichtungen — also auf Verhütung von Unfällen hinielte (nebenbei gesagt in einer höchst mangelhaften Weise) wurde vom Senate erst nicht vor Schluß der Session behandelt; die Gesetzesvorlage wurde verstimmt, so daß seine ursprüngliche Fassung sich kaum erkennen läßt! Ein recht schwieriger Verhandlungsgegenstand, Etipulirung von Verträgen zwischen den verschiedenen Eisenbahngesellschaften, wurde aber seiner Zeit von dem gleichen Senate in kaum einer Woche durchberathen und zum Gesetz erhoben. Ob diese Nichtbeachtung der Wünsche der Arbeiter auf die kommenden Wahlen irgend einen Einfluß ausüben wird? Ohne dem Ausgang der Wahlen vorgreifen zu wollen, erscheint uns ein positives Ergebnis, bei der Nichtwürdigkeit der Bourgeoisie und der Zersplitterung der sozialistischen Kräfte, höchst zweifelhaft.

Die italienischen Arbeiter haben kein Stimmrecht — sie haben bloß Pflichten und keine Rechte. —

Aus Spanien. Der dritte Nationalkongreß des gewerkschaftlichen Generalverbandes der spanischen Arbeiter wird am 7. Oktober in Malaga eröffnet werden. Auf der Tagesordnung steht unter anderem die definitive Einrichtung des Arbeitssekretariats für Spanien. Ferner wird die Haltung der Gewerkschaften bei der nächsten Waiseier bestimmt werden. Zur Diskussion wird gleichfalls ein Antrag der Genossen von Malaga und Madrid gelangen, welche wünschen, daß sich auch die spanischen Gewerkschaften auf dem nächsten internationalen Kongresse vertreten lassen möchten. In Brüssel war bekanntlich nur ein sozialistischer Delegirter aus Spanien, Iglesias, welcher ausschließlich die politischen Organisationen vertrat. —

Parteinachrichten.

Parteikonferenzen. Am 18. September, Vormittags 11 Uhr, tritt in Dortmund im Zimmermann'schen Saale, Zügelbrückstraße, eine Parteikonferenz für den Kreis Dortmund und zusammen, welche u. A. die Wahl von Delegirten und die Besprechung von Anträgen zum Berliner Parteitag, sowie die Parteiverhältnisse und die Agitation im Wahlkreise Dortmund zur Tagesordnung hat. Am 25. September, Vormittags, findet für den Kreis Bochum in Bochum eine Parteikonferenz statt und zwar im Saale der Wittwe Fischer (Wermanthalle). Der Berliner Parteitag, Prehangelegenheiten, Bericht des Kreis-Vertrauensmannes und Neuwahl eines Vertrauensmannes werden die hauptsächlichsten Verhandlungspunkte bilden. An diese Konferenz schließt sich Nachmittags eine Konferenz für die Wahlkreise Essen, Bochum und Dortmund, deren vornehmste Besprechungspunkte die endgiltige Regelung der Preh-Angelegenheiten und die sozialdemokratische Agitation im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier sein werden.

Sogar einen „sozialdemokratischen Wechsellächer“ haben jetzt die gegnerischen Blätter aufgetrieben. Der Nagelschmied Oskar Riedel in Raschau im Erzgebirge soll sich am vorigen Freitag der Staatsanwaltschaft in Jwidaun selbst gestellt haben und zwar mit der Selbstbezichtigung. Wechsellächer zu haben. Da dieses Metier sonst nur von verklumpten oder auch „respektablen“ Bourgeois geübt wird, so sind eine Anzahl Bourgeoisblätter ganz außer sich über diesen sozialdemokratischen Eingriff in wohlverordnete Sozialrechte, sie schimpfen Riedel einen „Hauptagitator der Sozialdemokraten“, der sogar einmal Reichstagskandidat war u. s. w. Die Wahrheit ist, Riedel hat seit lange schon mit unserer Partei nichts mehr zu thun, vor Jahren aber, als er in Anaberg einmal als Jährländkandidat unserer Partei aufgestellt war, hat er noch keine Wechsellächer gefälscht, das lernte er erst als er alle näheren Beziehungen mit unserer Partei abbrach.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— **Beurlaubt** auf vier Wochen wurde unser zu längerer Gefängnisstrafe verurtheilter Genosse Max Baginski. Er ist an einem Halsgeschwür erkrankt und der Urlaub ist ihm gewährt, um sich in der Freiheit einer durchgreifenden ärztlichen Behandlung zu unterziehen. Bedingung für die Urlaubsgewährung war, daß Baginski während der Zeit, wo er sich auf freiem Fuß befindet, von jeder Agitation fern halte. Offenlich bringt die „freie“ deutsche Reichslust unserem Genossen die gewünschte Gesundheit recht bald und vollständig.

Aufruf!

Die auf dem IV. Weltfriedens-Kongreß versammelten Deutschen haben mit Bedauern wahrgenommen, daß die Vetheiligung Deutschlands an demselben hinter derjenigen anderer Länder bei Weitem zurückgeblieben ist. — Wo man uns nicht wohl will, wird man aus dieser Thatfache falsche Schlüsse ziehen auf den Geist, der im deutschen Volke lebt, und auf dessen Gemüthigkeit, internationale Streitfragen durch Schiedsprüche gelöst zu sehen. Es ist aber für Jeden, der die wahren Gesinnungen des deutschen Volkes kennt, außer Zweifel, daß die Schwache Vetheiligung desselben an den Arbeiten des Weltfriedens-Kongresses lediglich eine Folge der in Deutschland fast ganz mangelnden Organisation der Friedensfreunde ist. Im ganzen Deutschen Reich existirt gegenwärtig nur ein einziger Friedensverein, zu Frankfurt a. M. Es liegt im deutschen Interesse, daß sich auch deutscher Einfluß geltend mache in einer Bewegung, welche auf beiden Hemisphären stetig an Kraft gewinnt, wie es auch der Idealität des deutschen Wesens und dem tiefen Gemüth unseres Volkes entspricht, zur Förderung einer großen humanitären Idee beizutragen. Deshalb richten die auf dem 4. Friedenskongreß versammelten Deutschen an ihre Landsleute die dringende Bitte, angesäumt an die Bildung lokaler Vereinigungen zur Verbreitung der Friedensidee zu gehen. Die Aufforderung richtet sich an alle Deutschen ohne Unterschied des Glaubens, der politischen Ueberzeugung und sozialen Stellung, denn wie die Erhaltung des Friedens Allen gleich am Herzen liegt, so wird auch die Friedensidee nur siegen, wenn sie eine allgemeine Forderung der Völker geworden ist.

Zur Organisation neuer Vereine und zur Zusammenschließung derselben in einheitlichem Sinn hat sich auf dem Verner Kongreß eine Gruppe gebildet, in deren Auftrag die Unterzeichneten dies Mahnwort an alle Friedensfreunde richten, indem sie sich zugleich bereit erklären, bei Begründung von Friedensvereinen mit Rath und That an die Hand zu gehen.

Franz Witz,
Vorst. des Friedens-Vereins Frankfurt a. M.
Frau Fischer geb. Vette, Dr. A. Richter,
Frankfurt a. M. Pforzheim.

Zu vorstehendem Aufruf, der uns übersandt ward, haben wir nur zu bemerken, daß die Bildung von besonderen Vereinigungen für die Verbreitung der Friedensidee innerhalb der sozialdemokratischen Partei nicht nothwendig ist, weil diese die Friedensidee nicht bloß in sich aufgenommen hat, sondern auch in ihrer Gesamtheit für deren Verwirklichung kämpft, indem sie erst die Voraussetzungen schafft, unter welchen allein der Weltfrieden möglich. Der Sieg der Sozialdemokratie ist der Sieg der Friedensidee. Hierin liegt auch der Grund, warum die Sozialdemokratie auf dem Friedenskongreß nicht vertreten war.

Redaktion des „Vorwärts“.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung

Theater.

Mittwoch, den 14. September. Opernhaus. Freund Fritz. Schauspielhaus. Was ihr wollt. Festung-Theater. Ein Tropfen Gift. Deutsches Theater. Die beiden Leonoren. Berliner Theater. Krieg im Frieden. Froll's Theater. Bar und Zimmermann. Bellealliance-Theater. Die schöne Melusine. Residenz-Theater. Die Dummen (Les Jobards). Friedrich-Wilhelmsstadt-Theater. Das Mädchen von Gissona. — Dorothien. — Der Ehemann vor der Thür. Thomas-Theater. Die verlassene Biederlicke. Hanna Räte's Abschied. De jorische Peter. De Wedd. Adolph Ernst-Theater. Die wilde Madonna. Alexanderplatz-Theater. Tannhäuser. Opern-Theater. Die Kellnerinnen von Berlin. Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung. Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung. Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater. Zum 9. Male: Die wilde Madonna. Gesangsposse in 3 Akten von L. Troptow. Complet von G. Brass. Musik von G. Hoffens. Mit neuen Kostümen und Dekorationen aus dem Atelier des Herrn Lütkenmeyer in Coburg. In Scene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Alexander-Platz-Theater. Mittwoch, den 14. September: Tannhäuser. Große Ausstattungs- u. Gesangs-Posse in 4 Bildern. Anfang um 7 1/2 Uhr.

Feen-Palast Burgstraße, neben der Börse. Täglich. Or. Spezialitäten-Vorstellung. Mit Selina, die singende Lustfee, Gruppe Leopard, Kraft u. Bahnproduktionen a. d. Ringen, Alhambra-Gruppe, Partee-Alrobaten, Mr. Clermont, m. f. dross. Esel, Schweinen, Bären etc., Garretton-Gruppe, Excent. Alrobaten, Granau und Frefeld, Wiener Duettisten, Herm. Schultze, Gesangs-Humorist. Anfang Wechentags 7 1/2 Uhr. Sonntags 6 Uhr.

Passage-Panoptikum. Neu! Blaue Grotte mit Wasser, Röhren u. Beleuchtungseffekten. Neu! Eine Kriminalgeschichte in sieben lebensgroßen Gruppen.

Castan's Panoptikum. Geöffnet von 9 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends.

Gratweil's Bierhallen Kommandantenstraße 77-79. Täglich: Auftr. d. Germanien-Konzert- u. Couplet-Sänger. (Damen u. Herren.) Bochentag frei. Sonntag Entree 30 Pf. Or. Frühstücks- u. Mittagstisch, zwei Säle zu Versammlungen und Vergnügungen sowie 6 Billards, 3 Kegelbahnen. F. Sodtke.

Etablissement „Süd-Ost“ Waldemarstraße 75, an Vereine, Gesellschaften, Hochzeiten u. noch einige Sonntage unter kulantesten Bedingungen zu vergeben. 2032L

Egyptische Ausstellung.

Unmittelbar an der Stadtbahn-Station Zoologischer Garten. Permanent geöffnet v. Morgens 10 Uhr bis Abends 11 Uhr. Arabisches Original-Café mit seinen ägyptischen Musikern und National-Tänzerinnen (Almées). Orientalische Bazare. Suaheli- und Fellachendorf-Beduinenzlager, Landwirtschaftliche Anlagen, Maschinen u. Geräte Ober-Egyptens. In der grossen Arena: Vorführung der grossen Karawane täglich um 4 1/2 und 7 Uhr. Einzug der Mekka-Karawane in Kairo um 5 und 8 Uhr. Von 3 1/2 Uhr ab: Grosses Konzert. Jeden Freitag „Elite-Abend“, verbunden mit gr. Doppel-Konzert. Entree 50 Pf., Loge 2 Mk., I. Tribüne 1,50 Mk., II. Tribüne 1 Mk. Sonnabend, den 17. September: Grosse Wohlthätigkeits-Vorstellung zum Besten der Nothleidenden Hamburgs.

Berein zur Wahrung der Interessen der Gast- u. Schankwirthes Berlins und Umgegend. Versammlung am Freitag, den 16. September, Nachmittags 5 Uhr, beim Kollegen Wendt, Köpplinerstr. 17. Tages-Ordnung: 1. Vortrag und Diskussion. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Diejenigen Mitglieder, welche mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, werden ersucht, dieselben in dieser Versammlung zu begleichen. (Siehe § 6 Abs. 3 des Statuts.) Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Große öffentliche Versammlung der Konditoren, Pfefferkändler und Berufsgenossen am Donnerstag, 15. September, Abends 8 Uhr, im Saale des Herrn Seefeldt, Grenadierstraße Nr. 33. Tages-Ordnung: 1. Die Gewerbegerichts-Wahlen. Referent: Genosse Faber. 2. Aufstellung der Kandidaten. 3. Wahl eines Delegierten zur Streit-Kontrollkommission. 4. Verschiedenes. — Kollegen, der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines Jeden in der Versammlung pünktlich zu erscheinen. 96/6 Die Agitations-Kommission. 3. A.: Albert Haase, Schulendorferstraße 4. Der Vertrauensmann.

Schlosser u. Maschinenbau-Arbeiter! Mittwoch, den 14. September, Abends 8 1/2 Uhr: Große öffentliche Versammlung im Saale des Herrn Philipp (früher Stein), Rosenthalerstraße Nr. 38. Tages-Ordnung: 1. Die Gewerbegerichts-Wahlen. Referent: Kollege Gerlach. 2. Diskussion. 3. Aufstellung von acht Kandidaten zum Gewerbegericht. Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist erforderlich. — Zur Deckung der Unkosten findet Zellerfassung statt. 75/3 Der Vertrauensmann.

Berlin S.-O. A. Schulz, Berlin S.-O. Nr. 5. Reichenberger-Straße Nr. 5. Möbel- u. Polsterwaaren-Fabrik. Anerkannt gediegene Arbeit. Zeitgemässe Preise. Coulantest Bedingungen.

Elegante Einfegnungs-Anzüge Julius Lindenbaum, Frankfurterstr. 139. in blauen u. schwarzen Stoffen und Kammingarnen zu billigen Preisen empfiehlt

Jede Uhr zu repariren und reinigen kostet bei uns unter Garantie des Gutes nur 1 Mk. 50 Pf. (außer Bruch), kleine Reparaturen billiger. Großer Lager neuer und gebrauchter Uhren, getragene Uhren von 5 Mk. an. Neue silb. Cylinder-Remontoirs, 6 Steine, von 14 Mk. an, do. 10 Steine, von 16 Mk. an, goldene Damen-Remontoirs, 14-Karat Gold u. 24 Mk. an. Gold- und Silberwaaren in gr. Auswahl zu Fabrikpreisen. E. Rothert & Stolz, 1. Geschäft: Andreasstr. 72. 2. Chausseestr. 68. 3. Chausseestr. 34. Uhrmacher.

Künstliche Zähne, Zahnziehen, Plombiren etc. O. Arendt, Andreasstr. 60 (Eing. Kl. Andreasstr.) 2199L. Empfehle allen Freunden und Bekannten meine Glaserei u. Bildereinrahmung. Bilder von Lasaalle u. Marx, die Freiheit. Lassalle-Büste u. A. Den Vereinen und Gewerkschaften empfehle meine sauber eingerahmten Bilder zu soliden Preisen. Nach Auswärts brieflich. 2884L. Carl Scholz, Brangelstr. 32 Part.

Möbel, Spiegel und Polster-Waaren. Ganze Ausstattungen in Mahagoni u. Nussbaum; Küchenmöbel in großer Auswahl empfiehlt 1726L. Berlin S.O., Köpplinerstr. 25. Franz Tutzauer.

Meerscham-, Bernstein- und Elfenbein-Waaren. Spezialität: Porträts bewährter sozialistischer Führer (Lassalle, Marx u. A.) in Zigarrenspitzen, Pfeifenköpfen, Schlippenadeln, Manschettenknöpfen, Stöcken, Brochen, Güten. En gros. En détail. 2274 L. B. Günzel, jetzt Köpplingerstr. 53, am Rosenthaler Thor.

Moabiters Gesellschaftshaus, Alt-Moabit 80/81. Täglich: Or. Konzert, Theater und Spezialitäten. Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf. Hellmuth Peters.

Einsegnungs-Anzüge 2916L. billigt zu beziehen v. 8 Mk., auch Einzelverkauf. Reinsner, Friedrichstr. 244. Dr. Hoesch, homöopath. Arzt, Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10

Der fidele Wirthin vom Kronkirchplatz 1 zu ihrem heutigen Wiegensfeste ein donnerndes Hoch, daß der ganze Keller wackelt und die Gläser klappern, von den fideleu Besuchern. C. R. H. R. F. R. 1959b

Unserm Blauschubdler Wilhelm Seefeldt zu seinem Schwabenalter ein dreimal donnerndes Hoch, daß sämtliche Giste zittern. Willen, wir geh'n ran — Daß gießen — Schäummarke „Ochsenchnaps“. Deine Stammgäste. 1955b

Allen meinen Freunden, Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß Dienstag Nacht 12 1/2 Uhr meine innigstgeliebte Frau Therese Meyer, geb. Jacob, im Alter von 50 Jahren am Herzschlag plötzlich verstorben ist. Die Beerdigung findet am Freitag, den 16. d., Nachm. 5 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Jakobikirchhofes aus statt. 1950b Der trauernde Gatte H. Meyer, Stallhüterstr. 144.

Im Verlag des „Vorwärts“ vorrätig: Die Geschichte der Kommune von 1871. Von Lissagay. Zweite, vom Verfasser durchgesehene Auflage. Preis brosch. 2,50 Mk., gebunden 3 Mk.

Im Verlag des „Vorwärts“ vorrätig: Die Darwin'sche Theorie. Von Dr. Edward Aveling. Preis brosch. 1,50 Mk., gebunden 2 Mk.

Im Verlag des „Vorwärts“ vorrätig: Die Gleichheit. Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen. Preis pro Nummer 10 Pfennig. — Für Vereine Rabatt. —

Kindergarten Gajar. M. Brinner, Jerusalemstr. 42, I. Filiale: Brunnenstraße 6, Hof part. Größte Auswahl. Billigste Preise. Scheilgahung gestattet. In der Filiale Ausverl. zurückgekehrter Wagen außerordentlich billig.

S. Neumann's Central-Bazar 1. Geschäft: Andreasstr. 62, zwischen Andreasplatz und Langestr. 2. Geschäft: Frankfurterstr. 90, Ecke Markuststr. Magazin für Haus- u. Küchen-Geräthe, Glas, Porzellan und Steingut. Kecker Verkauf zu den billigsten Engros-Preisen. Großer Gelegenheitskauf in Emaille-Waaren, Waschgarnituren, Befen, Gardinenstangen u. Kofetten etc.

Charlottenburg. Brot aus der Genossenschaftsbäckerei ist zu haben bei H. Dreffel, Wilmersdorferstraße 49. 29722

Zur Abwehr der Cholera: Cognac, Rum, Rothwein, Portwein zu allerbilligsten Preisen, empf. 2918L. Franz Beyer, Chausseestraße Nr. 103.

Viktoria-Brauerei. Löhnow-Straße 111/112. Im Konauerthor resp. Saal (außer Sonnabends): Täglich Stettiner Sänger. Stets wechselnd. Programm. Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr. Entree 50 Pf. Bochentagsbill. etc. à 40 Pf. (S. Plakate.

Wedding-Casino Schulstr. 29. Empfehle den Garten nebst Sälen (350 Personen) zu Vergnügungen und Versammlungen. 1934b Franz Slaby.

Philipp's Festsäle (früher Stein) Rosenthalerstr. 33. Fernspr. Nr. 3 Nr. 130 empf. seine Säle zu allen Festlichkeiten Hochzeit, Ball, Kommerz etc. mit u. ohne Bühne. Gleichzeitig empfehle meinen vorzügl. Mittags- u. kleinen Preisen. Vorzügliche Abendkarte.

Arbeitsmarkt. Möbelpolster auf Stühle Gipsstr. 6. Tüchtigen Zuschneider, der selbständig arbeitet, ev. Werkführer, sucht Kartonfabrik Kirstein u. Co., Inhaber J. Weigert, Neue Königstr. 39. 1950b Ein tüchtiger Schriftmaler wird verlangt. G. Tenzel, Steglitzerstr. 88. Tapeziergehilfe, tüchtigen Polsterer, der auch mit Dekorationen beschäftigt weiß, verlangt Heinr. Kahlen, Potsdamerstraße 20. 1951b

Machen 1. quittiren von Partei-Beiträgen empfiehlt allen Genossen die Quittungsmarken und Kautschuk-Stempelfabrik von Conrad Müller, Schkenditz-Geisig. Preisliste gratis und franko.

Maurer und Zimmerleute! Wer ohne großen Kostenaufwand und event. ohne Arbeitsvermittlung in kurzer Zeit Zeichen, statische Berechnungen, Buchführung u. s. w. erlernen will, den ersuche ich, sich zu melden S. Wisnmannstraße 9, 1 Tr. 1881a

Elegante Herren- und Einfegnungs-Anzüge, sowie Damenkleider nur nach Maass, billigst, auch gegen Theilzahlung. 2962L. Oranienstr. 126, I.

J. Böhlinger Berlin S., Reichenbergerstr. Nr. 183 empfiehlt Celluloid-Billard-Bälle, beiter Erfah für Eisenbahn, per Spiel 10 Mk.

Spiegel-Möbel, u. Polsterwaaren, sowie ganze Ausstattungen, empfiehlt H. Strelow, Rixdorf, Berliner Strasse 40, am Denkmal

66. Resterhandlung. 66. Billig Reste zu Knaben-Anzügen von 1 Mk. Große Anzüge von 7 Mk. an bis zum feinsten Kammingarn, auch pass. zu Einfegnungs-Anzügen. Große Auswahl in Paletotsstoffen, sowie zu Sommermänteln, Jacketts, Blüsch, Atlas, Seide, Sammt und Spitzen. 2764L. Auf Wunsch Alles zugeschnitten, auch angefertigt. Fertige Knaben-Anzüge 66. Karle, Waldemarstraße 66.

Achtung! Kein Laden. Nur eigene Fabrikation, 25 Zigarren 1 Mark. Garantie rein amerikanische Tabake. Kippentabak 2 Pfd. 60 Pf. 1795L. H. F. Pönslage, Kottbuserstr. 4, Hof part.

Roh-Tabak. Empfehle mein reichhaltiges Lager in allen Sorten, ganz besonders tabellös brennenden Sumatra zu 1,25 Mk. das Pfund. 1506b W. Lindenstädt, Landsbergerstr. 72 u. Brunnenstr. 134

Kindergarten. Größtes Lager Berlins. Genossenschaftsbrot-Verkauf W. Purrmann, Smeisenstraße 30. Allen Freunden und einer werthen Nachbarschaft empfehle mein Milch- u. Backwaaren-Geschäft. Verkauf von Genossenschaftsbrot. 1954b J. Aien, Görlitzerstr. 67.

Genossenschaftsbrot ist zu haben bei W. Werner, Heiligegeiststr. 57, im Keller. 1861b Genossenschaftsbrot empfiehlt R. Krause, Melchiorstr. 17, Ritzschgch.

Eine Schmiedewerkstatt ist zum 1. Okt. zu verm. Bergstr. 86. 1944b Zitherlager, Saiten, Dresdenerstraße 98. sehr geräumig, ungefürt, m. Piano. Fild, Simeonstr. 23.

Gejunde Wohnungen 50, 55, 60 Zhr. Honnigsdorferstr. 24, 1 Tr. 1933b Füllterstr. 13 2 Stuben u. Küche, 288 Mk., per 1./10. 92. 1933b

Leere Stube, Fensterig, sucht zum 1. Oktbr. kinderloses Ehepaar, welches Tags über nicht zu Hause. Off. mit Preisangabe unter H. R. an die Exp. d. Bl. 1952b Frl. Schlast. nach vom Langestr. 58, III. L. Zweif. Stube, Kammer u. Küche zum 1. Okt. zu verm. der Höhe, Rusaueerstraße 33, 2. Hof 1 Tr. 1902b

Arbeitsmarkt. Tüchtigen Zuschneider, der selbständig arbeitet, ev. Werkführer, sucht Kartonfabrik Kirstein u. Co., Inhaber J. Weigert, Neue Königstr. 39. 1950b Ein tüchtiger Schriftmaler wird verlangt. G. Tenzel, Steglitzerstr. 88. Tapeziergehilfe, tüchtigen Polsterer, der auch mit Dekorationen beschäftigt weiß, verlangt Heinr. Kahlen, Potsdamerstraße 20. 1951b

Der englische Gewerkschaftskongress.

Von unserem Londoner Korrespondenten.

Der allgemeine Gewerkschaftskongress, der seit kurzem in Glasgow, der größten und industriellsten Stadt Schottlands, tagt, wird Alles in Allem vielleicht keinen so großen Fortschritt gegen seine Vorgänger markieren, wie die Kongresse von Liverpool und Newcastle, aber er wird, so weit sich bis jetzt übersehen läßt, die Resultate dieser beträchtlichen und einige Schritte in der von ihnen eingeschlagenen Richtung weiter thun. Epoche machende Neuerungen vollziehen sich nicht jedes Jahr, und eine so große Körperschaft, wie sie die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter des britischen Reiches darstellen, braucht immer eine gewisse Zeit, bis sie sich eine neue Idee vollständig zu eigen gemacht hat. Es würde sogar durchaus nicht wunderbar sein, wenn zeitweise einmal ein kleiner Rückschlag in das Geleise der alten Gewerkschaftspolitik sich ereignen sollte. Zerartete Möglichkeiten sind um so weniger ausgeschlossen, als die englischen Arbeiter von jeher sich wenig um Theorien gekümmert haben, sondern sich fast ausschließlich durch ihre praktischen Erfahrungen haben leiten lassen. Das hat manche unzulängliche Vorteile, aber zugleich auch den großen Nachteil, daß man dabei schließlich immer größere geistige Abhängigkeit von den kleinen Tageserscheinungen gerät und selbst in den besten Fällen mehr von den Verhältnissen geschoben wird, als man sich über sie erhebt.

Die große Wandlung in der Stellungnahme der englischen Gewerkschaftler zur Achtstundentagefrage ist ja auch in der Hauptsache Produkt der veränderten Lage des englischen Industriegebietes. Weil sich dieselbe aber nicht in allen Industriezweigen gleichmäßig äußert, sind mindestens lokale Rückschläge nicht ausgeschlossen. Aber trotzdem geht der Strom der Bewegung unablässig vorwärts, die kleinen Bindungen, die er hier und da macht, können nur den Blick des absolut Unwissenden täuschen oder dessen, der die Wahrheit nicht sehen will, weil er sich vor ihr fürchtet.

Wenn z. B. in einem Walliser Bergwerk neulich die Bergarbeiter selbst die Rückkehr von der Achtstundentage in zwei Schichten zur einschichtigen Arbeit mit längerer Stundenzahl verlangten, so geschah es unter dem Einfluß rein lokaler Konkurrenzverhältnisse. Was will aber dieser vereinzelte Fall gegenüber der Thatsache besagen, daß nun auch die Textilarbeiter von Lancashire, bisher auf allen Kongressen die härtesten Gegner des gefährlichen Achtstundentages, in hellen Schaaeren zu ihm überlaufen? Unter der Wirkung der großen Krisis, die auf ihrer Industrie lastet und nicht weichen will und deren Last die Unternehmer auf sie allein abwälzen suchen, sind die Arbeiter zu Tausenden und Zehntausenden zu der Ueberzeugung gekommen, daß die bisher angewendeten kleinen Auskunftsmitel, wie die zeitweilige tageweise Aussetzung der Arbeit, gar nichts nützen, sondern im Gegentheile durch Verschleppung eher Schaden und daß daher eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit unumgänglich notwendig ist. In Oldham haben die zwölf Sektionen des 17 000 Mitglieder zählenden Spinnerer- Arbeitervereins in übereinstimmender Mehrheit — die meisten einstimmig — sich für den Achtstundentag entschieden, desgleichen alle dortigen Branchen eines andern Arbeitervereins mit einer Ausnahme, während von den Mitgliedern des Oldhamer Webervereins in Urabstimmung 1892 für und nur 818 gegen den Achtstundentag stimmten. In Ashton-under-Lyne war das Stimmverhältnis unter den Webern 4236 gegen 647 und 202 neutrale, in Preston 3632 für, 659 gegen, in Blackburn 2999 für, 244 gegen, 104 neutral, in Bolton, Rochdale und anderen Orten erklärten sich große Webervereinigungen einstimmig für den Achtstundentag und ebenso Versammlungen von Spinners dieser Distrikte. Daneben fehlt es allerdings auch nicht an Beispielen einer ablehnenden Mehrheit, aber an den Hauptorten ist die Mehrheit gewonnen und selbst die Minderheit ist oft nur aus bedingten Gegnern zusammengesetzt — solchen, die von einem aus England beschränkten Achtstundentag eine weitere Schädigung der Konkurrenzfähigkeit Englands befürchten, aber sofort für einen solchen wären, wenn die festländischen Arbeiter wenigstens verhältnismäßig Schritt mit den englischen hielten.

Ein Antrag, der sich mit dem Prinzip des Achtstundengesetzes beschäftigt, ist für den diesmaligen Kongress nicht angemeldet, wohl aber ein Antrag des Generalsekretärs des englischen Zimmererbundes und Vorsitzenden des Liverpooler Kongresses, W. Martin, auf Einberufung eines internationalen Kongresses, der sich speziell mit der Achtstundentagefrage beschäftigen soll. Die übrigen der vorher angemeldeten Anträge betreffen meist solche Fragen, die sich auf relativ wichtige Spezialreformen in der Arbeitsgesetzgebung beziehen, die aber auf keinerlei durchgreifende Veränderungen des Arbeitsverhältnisses hinauslaufen. Dahin gehört zum Beispiel ein Antrag auf Reform des Gastpflichtgesetzes in dem Sinne, daß es den Unternehmern künftighin verboten sein soll, sich durch Spezialkontrakte mit ihren Arbeitern von den Verpflichtungen des Gesetzes zu befreien, und daß die bisherige Maximalgrenze für Entschädigungen aufgehoben werden soll. Es ist nicht das erste Mal, daß dieser Antrag eingebracht wird, er bildet vielmehr eines der Erbstücke des Gewerkschaftskongresses; aber er hat diesmal darum eine erhöhte Bedeutung, weil er sich an die Adresse des neuen liberalen Kabinetts wendet. Als die konservative Regierung in einer der letzten Sessionen eine Novelle zum Gastpflichtgesetz einbrachte, welche einige kleine Verbesserungen enthielt, haben die Arbeiter-Abgeordneten sie in Halle gebracht, weil die Regierung, aus Rücksicht für die großen Eisenbahn- u. Gesellschaften, namentlich in dem Punkte der Spezialkontrakte nicht nachgeben wollte. Jetzt wird man ihre Nachfolgerin auf die Probe stellen. Ebenfalls ein altes Erbstück der Gewerkschaftskongresse war ein Antrag auf Errichtung eines Gerichtshofes, der sich, ähnlich wie die irischen Landgerichtshöfe mit der Regulierung der Pachtfrage, mit der Regelung der Bergregale und Bergrechte beschäftigen soll, die vielfach sehr schwer auf der Bergbau-Industrie lasten. Der Kongress fand jedoch, und dies ist für den auf ihm herrschenden Geist bezeichnend, daß es nicht ratsam sei, durch einen solchen Gerichtshof den Bergregalen und Bergrechten noch einen besonderen gesetzlichen Titel zu verschaffen und entschied sich kurzerhand für die Nationalisierung (Verstaatlichung) derselben. Ein Amendement des Londoner Sozialisten MacDonald zu einem auf die Forderung von Diktäten für die Parlamentsmitglieder bezüglichen Antrag, das dahin ging, Niemand bei den Wahlen zu unterstützen, der sich nicht für die nationale, d. h. staatliche Kontrolle der Produktions- und Zirkulationsmittel erklärt, wurde zwar abgelehnt, erhielt aber doch von 281 Abstimmenden nicht weniger als 128 Stimmen.

In der Frage des politischen Kampfes hat der Kongress ein Amendement Reir Hardies angenommen, wonach das Parlamentarische Komitee des Kongresses einen Plan zur wirksameren Vertretung von Arbeiterkandidaturen und namentlich zur Beschaffung der erforderlichen Geldmittel ausarbeiten und den Sektionen der Gewerkschaften noch vor dem nächsten Kongress rechtsgültig unterbreiten soll; ebenso ein Zusatz-Amendement eines schottischen Delegierten vor das Wort „Arbeitervertretung“

in der Resolution das Wort „unabhängig“ zu setzen. Das letztere Amendement erhielt allerdings nur eine Stimme Mehrheit — 141 gegen 140 ablehnende — aber gegen früher ist doch eine entschiedene Wendung zur Gründung einer selbständigen Arbeiterpartei zu verzeichnen. Es kommt ja auch nicht darauf an, daß der letzte Schritt hierzu von den Gewerkschaften ausgeht, die Hauptsache ist, daß der Gedanke der Emanzipation von den bürgerlichen Parteien in den Reihen derselben immer mehr Boden faßt. Dafür daß sie eines Tages mehr sein wird als eine Nichts-als-Gewerkschaftler-Partei, wie sie von Vielen noch aufgefaßt wird, werden die Verhältnisse sorgen.

Ein Antrag, über die Mitglieder des parlamentarischen Komitees, die zugleich Mitglieder des Parlaments sind und als solche gegen das Achtstundengesetz für Bergarbeiter sprachen und stimmten, ein Tadelvotum auszusprechen, fiel gleich in der ersten Sitzung des Kongresses durch, nachdem die Betreffenden — Wilson und Fenwick — sich darauf berufen, daß sie ihre Abstimmung nach dem Mandat ihrer Wähler, die sie ins Parlament geschickt, einzurichten hätten, diese aber — Wilson ist in Durham und Fenwick in Northumberland gewählt — Gegner des gefährlichen Achtstundentages für Bergarbeiter seien. Solche Widersprüche sind auch so lange unvermeidlich, so lange die Arbeiterpartei gewerkschaftlich bleibt, statt soziale und politische Partei zu werden. Uebrigens hat auf diesem Kongress ein Bergarbeiter-Delegierter des Durham-Distrikts Namens Charlton selbst zu einem auf die Maschinenisten an den Bergwerken bezüglichen Antrag das Amendement gestellt, daß der Arbeitstag derselben gesetzlich auf acht Stunden im Maximum beschränkt werden solle. Zu diesem Wanken in den Reihen der Durham Bergleute hat der jüngste Streik in den dortigen Distrikten ein großes Stück beigetragen.

So viel für heute. Im Begriff, den Brief zu schließen, lese ich noch in einem Telegramm, daß der Kongress bei Beratung des oben erwähnten Martin'schen Antrages beschlossen haben soll, statt den internationalen Arbeiterkongress von 1893 zu beschicken, einen eigenen internationalen Kongress dehus schleunigster Eröffnung des Achtstundentages sofort einzuberufen. Da nicht hinzugefügt wird, ob dann der Achtstundentag den ersten aufheben soll, überhaupt jede Andeutung darüber fehlt, woraufhin und unter welcher Motivierung der Beschluß gefaßt wurde, enthalte ich mich vorderhand jeder Bemerkung über ihn. Man wird ihn erst beurtheilen können, wenn der ausführliche Bericht über die betreffende Abstimmung vorliegt.

Parteinachrichten.

Ein neues Wahlgesetz für den preussischen Landtag soll, nationalliberalen Blättern zufolge, in nächster Session eingebracht werden. Daß man nicht daran denkt, das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht einzuführen, läßt sich maßlos errathen. Am Platze ist es deshalb umfomehr, daß die Sozialdemokratie Preußens diese Forderung mit aller Energie in den Vordergrund des öffentlichen Interesses rückt.

Es wird fortgeboikottet. Dem Militär wurde in Pei der Besuch der Zentralthalle untersagt.

Agitation. In Freiburg i. B. sprach am 11. September Frau Klara Jettin aus Stuttgart in einer außerordentlich stark besuchten öffentlichen Versammlung über „die Stellung der Proletarierfrau in der Gegenwart.“ Die Rednerin erntete großen Beifall.

Aus New-York wird uns geschrieben: Die seitens der Mitglieder der beiden sozialistischen Gruppen bezüglich der Wiedervereinigung vorgenommene Urabstimmung hat für die wesentlichsten der von der Konferenz zu Rochester vorgeschlagenen Punkte eine große Majorität ergeben (d. h. im Verhältnis zur überhaupt abgegebenen Stimmengahl, die im höchsten Falle 1057 betrug); nur bei einigen der Punkte stimmte eine wesentliche Minorität gegen. Als Vorort, welcher die Parteileitung zu wählen hat, stimmten für Brooklyn 22, Philadelphia 18, New-York 10 und für sieben weitere Orte einzelne Sektionen; als Sitz des Präsidiums erzielten New-York und Philadelphia je 15 Stimmen, während auf 14 andere Orte von 1-5 fielen.

Zum ersten Mal seit ihrem Bestehen in den Vereinigten Staaten tritt die sozialistische Arbeiterpartei in die Präsidentschaftswahl ein, und zwar haben die Sektionen in den fünf östlichen Staaten Connecticut, Massachusetts, New-Yersey, New-York und Pennsylvania die Initiative ergriffen. Ob die Sektionen in anderen Staaten folgen werden, ist noch nicht bekannt. In vielen Staaten sind die Wahlregulationen solcher Art, daß die Beteiligung an der Wahl, resp. die Aufstellung von Elektoren, für kleine und über wenig Mittel verfügende Parteien zu kostspielig ist. Jedem fehlt es unserer Partei, so lange sie nicht zu einer amerikanischen geworden ist, das will heißen, in ihrer großen Masse nicht aus englisch sprechenden Anhängern besteht, an geeigneten Personen zur Nomination.

Todtenliste der Partei. Gestorben sind in Hamburg-Altona laut der Bekanntmachungen, welche das „Hamburger Echo“ in der Zeit vom 20. August bis 10. September veröffentlichte, folgende Mitglieder der sozialdemokratischen Vereine:

- Wih. Jypsen, W. Schinkel, G. P. G. Meier, Georg Präfer, Wilhelm Böhse, W. Jarges, Herm. Nebers, W. Riembeck, Frh. Schulenburg, Heinrich Stein, Frh. Schönmann, August Wältrath, Wih. Pehmöller, F. Burmeister, G. Rexler, H. Subbe, F. Schult, J. Govers, J. O. Radow, A. M. Ch. Goldhammer, D. Wagnand, W. Thierbachsen, Heinrich Müller (Altona), J. Lange, Th. Schaarnach, D. Bolmer, F. Warschhoff, J. Bohndorf, W. Lüdt, R. Bries, A. Zellbach, F. Ehlers, A. Ahlborn, G. Stodmann, A. Wild, D. Knapp, Anton Brinkmann (Ottenfen), M. Elou (Altona), Julius Baras, G. Bruhn, F. Kröger, Wih. Glogner, Reid, J. Wittuba, R. Ederling, M. Paul, W. Hinkuf, G. Wolters, Job. Jürgensen, A. Feher, J. Bohnack, A. Jacobi, J. Schröder, A. Loh, J. Aldag, A. Streuge, H. Pries, R. Esser (Ottenfen), Hugo Speith, Frh. Bunge, Gustav Sperling, Karl Janens, Theodor Haack, Johannes Köster, W. Klostermeyer, W. Richter, G. Hamann, H. Wehler, Paul Schulz, H. Klähn, August Weder, Amandus Groth, H. Schmidt, G. Haverbeck, G. Both, W. Feins, F. Thees, J. A. Tomjanski, W. Zimmermann, G. Michaelien, A. Sprengel, H. Lühr, W. Darboven, W. Mangel, A. Köhler, E. Nagel, H. Kleijsh, G. Rixen, D. Hassenberg, G. Heitmann, G. Dimpfeter, A. Großhup, H. Scholl, Joach. Dittmer, J. Pöhl, G. Duhn, J. Busch, S. Sörensen, G. Hadlich, A. Gravenpfeifer, A. Stahmer, E. Jungbluth, J. J. Th. Adler, G. Schider, J. Restino, W. Köpfe, A. Dube, A. Marloff, H. Schulz, G. Daherr, J. Ravenburg, G. Kahl, A. Melffs, J. Burmeister, G. Königbrück, G. Henze, W. Niehaus, D. Wendeborn, A. Mätzke, G. Emmann, G. Sterling, A. Köhler und F. Wagner (Altona), H. A. Dietz, A. Deede, L. Goldschwan, J. Hildebrandt, A. Beutler, J. Heilmann, G. Wihöft, J. Fed-

bern, A. Schenkowsky, R. Sülbrandt (Ottenfen), Ernst Rebel, M. A. J. Schwarte, G. Vojs, J. Römer, F. Jonasson, G. Busch, F. Weber.

Selbstverständlich kann diese Liste unserer durch die Cholera dahingerafften Genossen durchaus keinen Anspruch auf Vollständigkeit machen; auch sind sonst brave Bestimmungsgenossen nicht immer auch Mitglieder der sozialdemokratischen Vereine der betreffenden Wahlkreise. Von den Vorständen dieser Vereine wird, wenn die Seuche im Erbischen sein wird, eine vollständige Sterbeliste unserer Genossen von Hamburg-Altona, soweit dies eben möglich ist, zusammengestellt und veröffentlicht werden.

Von der Cholera.

Dem Kaiserlichen Gesundheitsamt vom 12. bis 13. September Mittags gemeldete Cholera-Erkrankungs- und Todesfälle:

Staat und Bezirk	Ort	Datum:							
		9./9.	10./9.	11./9.	12./9.				
		erkrankt	gestorben	erkrankt	gestorben				
Hamburg	Hamburg	350	150	213	113	390	175	333	142
Preußen:									
Schleswig	Altona	14	8	8	7	12	5	12	5
Stade	Borkel	—	—	—	—	3	—	—	—
	Wühsteth	1	—	2	—	2	1	—	—
Lüneburg	Wilhelmsburg	5	4	—	2	5	3	—	—
Stettin	Stettin	—	2	—	1	—	—	—	—

Vereinzelte Erkrankungen:
 Regierungsbezirk Schleswig: in einem Ort des Kreises Stormarn 1 Todesfall.
 Regierungsbezirk Stade: in 2 Orten des Kreises Rehdingen 2 Erkrankungen, 2 Todesfälle.
 Regierungsbezirk Lüneburg: in Stadt Saxhagen 1 Erkrankung, 1 Todesfall.
 Regierungsbezirk Potsdam: in Stadt Oberwalde 1 Todesfall.
 Regierungsbezirk Bromberg: in Stadt Schneidemühl 1 Erkrankung.

Großherzogthum Mecklenburg-Schwerin: in Teßlin und in Alt-Krenzlin je 1 Todesfall.

Nachdem die preussische Staatsregierung den sofortigen Erlaß eines Ein- und Durchfuhrverbots für gebrauchte Leib- und Bettwäsche, gebrauchte Kleider, Hader und Lumpen aller Art, Obst, frisches Gemüse, Butter- und Weichläse im Verkehr mit dem hamburgischen Staatsgebiet angeordnet hat, wird, wie der Generalpostmeister Stephan bekannt macht, zur Verhinderung der Postbeförderung dieser verbotenen Gegenstände in Ergänzung der Postordnung vom 11. Juni d. J. für die Dauer des vorbezeichneten Verbots folgendes bestimmt: 1. Alle Pakete, welche bei den Postanstalten im hamburgischen Staatsgebiet, sowie in Altona und Harburg eingeliefert werden, müssen — ebenso wie die zugehörigen Begleitadressen — mit einer kurzen, deutlichen Angabe des Inhalts der Sendung versehen sein. 2. Pakete, welche die oben bezeichneten verbotenen Gegenstände enthalten, werden bei den Postanstalten im hamburgischen Staatsgebiet, sowie in Altona und Harburg zur Postbeförderung nicht angenommen. 3. Das Gleiche gilt für Pakete aus anderen Orten des Reichs-Postgebiets, an welchen nach amtlicher Veröffentlichung im „Deutschen Reichs- und Preussischen Staats-Anzeiger“ Cholera epidemisch herrscht und gegenüber denen das Ein- und Durchfuhrverbot landespolizeilich angeordnet worden ist.

München i. B. d. S., 13. September. Gutem Vernehmen nach sind von der Regierung in Düsseldorf auch alle inländischen Wallfahrten nach Revelaar verboten worden.

Patriotisch! Wir konstatieren mehrfach, schreibt das „Echo“, daß gegenwärtig in Hamburg Zehntausende arbeitslos sind und dem Hungertod ins Angesicht schauen. Dem Verband der Eisenindustriellen Hamburgs scheint aber die Noth nicht groß genug zu sein. Er will mit den einheimischen Arbeitern nichts zu thun haben, sondern erläßt in der „Kieler Zeitung“ (Meine Ausgabe) vom 11. d. M. eine Anzeige, wonach Tischler und Reschliemiede sofort gesucht werden. Wir nageln dies Gebahren des ehrenwerthen Verbandes hiermit fest!

Hamburg, 13. September. Von gestern Mittag bis heute Mittag sind hier 333 Cholera-Erkrankungen und 142 Todesfälle gemeldet; davon entfielen auf gestern 237 Erkrankungen und 97 Todesfälle, der Rest sind Nachmeldungen. Die Transporte betragen gestern 160 Kranke und 65 Leichen. — Die Cholera-Kommission des Senats theilt wiederholt mit, daß Krankenwärter in den Staats-Krankenhäusern nicht mehr angenommen werden können. Die Gerächte, daß in den Hamburger Gefängnissen 60 Personen an der Cholera gestorben seien, sind unrichtig. Es ist bisher dort kein einziger Erkrankungsfall vorgekommen.

Wien am 13. September. Der Hafen von Sahnitz ist, wie von der dortigen Hafenbau-Inspektion drahllich mitgetheilt wird, infolge des Auftretens der Cholera in Stettin für Passagierdampfer gesperrt worden.

Bremen, 12. September. Der Dampfer des „Norddeutschen Lloyd“ „Kaiser Wilhelm II.“, welcher am 10. d. M. in New-York eingetroffen war, hat heute früh seine sämtlichen Passagiere nach erfolgter ärztlicher Beobachtung gelandet.

Oberwalde, 13. September. Bei der gestern verstorbenen Tochter des Schiffers Seeger hat Professor Dr. Koch asiatische Cholera festgestellt.

Breslau, 13. September. Die hiesige Sanitätskommission hat beschlossen, die hier vor kurzem eingerichteten öffentlichen Sanitätsmächten vom 14. d. M. ab vorläufig wieder aufzuheben.

Gleiwitz, 13. September. In Schönwald ist der Ausbruch der asiatischen Cholera amtlich festgestellt.

München, 13. September. Geheimrath Pettenkofer besucht in den nächsten Tagen Hamburg.

München, 12. September. Der Münchener Gesundheitsrath erklärte, gegen die Abhaltung des Oktoberfestes bestehe bei den bermaligen Gesundheitsverhältnissen Münchens und Bayerns kein Bedenken.

Augsburg, 13. September. Der Magistrat erhöhte den Kredit für Maßnahmen gegen Cholera auf 30 000 M.

Aus Althausen im Elsaß berichtet unser Bruderblatt, die Elsaß-Bothrische „Volks-Zeitung“ unterm 10. September: „Am 8. d. M. fand auf der Mülhauer Kreisdirection eine vom Kreisgesundheitsrath veranlaßte Besprechung statt zwischen „Chefs unserer Industrie und Notabilitäten unserer Stadt“, wie sich der „Cypris“ ausdrückt, zwecks Regelung der Wohnungsfrage. Wir müssen dem Bericht

des „Eppres“ folgen, denn und hat man zu dieser Besprechung nicht eingeladen, vielleicht nicht, weil wir sonst verschiedene interessante Details hätten mitteilen können; freilich gehören die Diktate eines Arbeiterblattes auch nicht zu den Notabilitäten der Stadt, wie diejenigen des Fabrikantenorgans.) 50 Personen nahmen an dieser Wohnungskonferenz Theil. Interessant ist, wie der zu den Besprechungen zugelassene „Eppres“ aus der Schule plaudert! Er schreibt: „Der Sommer (Kreisdirektor) verlas den von der Dreierkommission (des Kreis-Gesundheitsrathes) ausgearbeiteten Bericht; derselbe behandelt die heute so äußerst wichtige Frage betr. ungesunder Wohnungen, bezeichnet eine Anzahl Häuser oder vielmehr Höhlen, welche die reinsten Seuchenherde bilden und deren Abbruch verlangt wird mit Rücksicht auf die einfachsten Forderungen der öffentlichen Gesundheit. Der Anlauf dieser Liegenheiten und deren sofortige Abtragung ist das einzige Mittel, einem Zustande abzuwehren, welcher zu aller Zeit, aber ganz besonders heute, wo wir von der Cholera bedroht sind, eine öffentliche Gefahr bildet.“ Ja, meine Herren: wenn diese ungesunden Wohnungen, diese Höhlen, diese Seuchenherde „zu aller Zeit“ eine öffentliche Gefahr bildeten — wie kommt es dann, daß Sie erst heute an die Beseitigung dieser Gefahr denken? Müßte erst die Cholera an unsere und Cure thüren klopfen, die unheimliche Gleichheitsfanatikerin, die, wenn einmal da, keine Vorrechte des Geldsacks und der Stellung mehr achtet und deren Inöcherne Finger so despotisch sind, auch in der „besseren“ Gesellschaft nach Opfern zu langen? Wo blieb denn bisher jene „Philanthropie“, deren Lob der „Eppres“ heute wieder so begeistert singt? Die Cholera anght hat doch auch ihre gute Seite! Es wurde eine „Gemeinnützige Gesellschaft zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse in Mülhausen“ gebildet, die sich folgende Aufgaben gestellt hat: 1. Beseitigung ungesunder und Errichtung gesunder Wohnungen; 2. Verschönerung enger Gassen und Herstellung neuer Straßen und Plätze; 3. Anlauf der zu diesem Zwecke erforderlichen Grundstücke; 4. Ausführung der besaglichen Arbeiten; 5. Verkauf gesunder Wohnungen zum Kostenpreise und Vermietung zu mäßigen Preisen und 6. überhaupt Alles, was mit dem Unternehmen in Zusammenhang steht. Wie man sieht, haben wir es hier mit einem neuen großkapitalistischen Unternehmen zu thun. Dasselbe ist auf Aktien gegründet zu je 1000 M., von denen sofort 136 gezeichnet wurden im Gesamtbetrage von 136 000 M. Der aus 7 Mitgliedern bestehende Ausschuss ist aus folgenden Herren zusammengesetzt: Heinrich Schwarz, Gustav Schäfer, Jean Nieg, Köchlin, Ed. Albert Schlumberger, Louis Knecht, Lojore Lanz und Albert Spörty. Für die Zukunft sind auch Aktien von 200 M. geplant, um das Gesellschaftskapital auf 300 000 M. zu bringen. Wir sind gespannt auf die Höhe der „Kostenpreise“ der zu erbauenden bzw. zu verkaufenden „gesunden Wohnungen“ und auf die „mäßigen Mietpreise“. Gegen Alles, was sich mit dem Lust der „Philanthropie“ umgibt, haben wir ein tiefgegründetes Misstrauen, das vielleicht ein Vorurtheil sein mag, aber nun einmal besteht, und zwar besteht auf Grund von thatsächlichen Erfahrungen und praktischen Beobachtungen! Warten wir ab!

Wien, 12. September. In Bezug auf die kaiserliche Beschwerde mehrerer Budapestblätter über die lässige Handhabung des wegen der Cholerafahr erlassenen Einfuhr- und Durchfuhr-Verbotes an der österreichischen Grenze erfährt die „Polit. Korresp.“ auf Grund authentischer Informationen, daß die von dem ungarischen Ministerium inzwischen amtlich mitgetheilten bezüglichen Sendungen sämmtlich die österreichische Reichsgrenze vor dem Zutritt des erkrankten Einfuhr- und Durchfuhrverbotes passirt hätten. Es liege nicht der geringste Anhaltspunkt vor, um die strikte Handhabung des Verbotes seitens der österreichischen Organe in Zweifel zu ziehen. — Das Reichskriegsministerium versügte deßhalb Verhinderung der Einschleppung der Cholera, daß jede Einstellung der in Anstalt und Deutschland sich aufhaltenden Personen des Mannschaftenstandes des Heeres und der Marine zur aktiven Dienstleistung oder militärischen Ausbildung bis auf Weiteres unterbleiben solle.

Paris, 12. September. Das an der Börse verbreitete Gerücht, daß hier ein Fall von asiatischer Cholera vorgekommen sei, wird von maßgebender Seite für unbegründet erklärt. Der Meldung eines Blattes zufolge ist ein beschäftigungsloser Arbeiter unter choleraverdächtigen Anzeichen erkrankt. Derselbe wurde ins Hospital gebracht, wo die bakteriologische Untersuchung stattfand.

Prag, 13. September. Gegenüber der Mitternachtsmeldung von der Erkrankung eines unter verdächtigen Symptomen aus Hamburg hier eingetroffenen Reisenden wird amtlich konstatirt, daß derselbe vollständig gesund ist.

Paris, 13. Sept. Ueber die Cholera in Frankreich liegen folgende Nachrichten vor: Paris: 45 Erkrankungen, 27 Todesfälle. St. Ouen: 7 Erkrankungen, 3 Todesfälle. Havre: 13 Erkrankungen, 8 Todesfälle; im Hospital befinden sich 38 Kranke in der Besserung.

Sissabon, 13. Sept. Hier fanden 2 Todesfälle an Cholera an Bord des schwedischen Dampfers „John“ statt. — Der Gesundheitsrath erklärte alle deutschen Häfen für von der Cholera infirt.

Christiania, 13. September. Die in Veranlassung choleraverdächtiger Erkrankungsfälle vorgenommenen bakteriologischen Untersuchungen haben ergeben, daß auch nicht eine Erkrankung an asiatischer Cholera vorgekommen ist.

Antwerpen, 12. September. Die Hafen-Sanitätskommission ist auf ihren Beschl. vom 25. v. M. zurückgekommen und hat für die Häfen von Bremen und Lübeck statt der am 2. d. M. festgesetzten 24stündigen Quarantäne eine siebenstündige Quarantäne angeordnet.

Amsterdam, 13. September. In Zwijndrecht (Südholland) ist ein elfjähriges Kind an asiatischer Cholera gestorben. Das Haus wurde desinfizirt und die Bewohner sind isolirt worden. — Wie aus Zwoolme (Nordbrabant) gemeldet wird, ist dort ein aus Zwijndrecht kommender Zollensführer schwer an Cholera nostras erkrankt. Auch in Brandwijk (Südholland) ist ein Fall von Cholera nostras vorgekommen.

Haag, 12. September. Die Einfuhr und Durchfuhr von unverarbeiteter Wolle, Fellen, Pelzwerk, Lebensmitteln, Getreide, Kaffee, Tabak, Zigarren, Papier und Laubwerk aus Hamburg und Altona ist von heute ab verboten worden.

Rotterdam, 13. September. 2 Todesfälle an Cholera sind hier gemeldet; der eine betrifft einen Schiffskapitän, dessen Dampfer auf der Waas in Quarantäne gebracht wurde.

London, 13. September. Auf dem Dampfer „Champagne“ ist die Cholera ausgebrochen, desgleichen auf dem Dampfer „Columbia“.

Petersburg, 12. September. Nach amtlicher Mittheilung ist die Cholera-Epidemie auch im Kaukasus in beträchtlicher Abnahme begriffen. Derselbe herrscht in heftiger Form fast nur noch in den Gouvernements Esamara, wo am 10. September 566 Erkrankungen und 278 Todesfälle vorkamen, Saratom, wo am 10. d. M. 600 Personen erkrankten und 246 starben, und Tambov, wo am 11. d. M. 194 Erkrankungen und 99 Todesfälle festgestellt wurden. In Anbetracht der bedeutenden Abnahme der Cholera in einigen Gouvernements werden aus diesen keine täglichen Choleraberichte mehr veröffentlicht werden, sondern nur noch wöchentliche Berichte erscheinen.

New-York, 12. September. Infolge der zunehmenden Erregung der Einwohnerschaft auf Fire-Island über den Anlauf eines Hotels zur Ueberwachung der in Quarantäne zurückgehaltenen Passagiere der choleraverdächtigen Dampfer muß das gedachte Hotel streng bewacht werden, um jeden Versuch einer Brandstiftung und Zerstörung desselben zu verhindern. Heute Nachmittag ging der Dampfer „Cepheus“ mit den Passagieren des Dampfers „Normannia“ an Bord bei dem Dock von Fire-Island

vor Anker, eine rasch zusammengegründete und bewaffnete Volksmenge verhinderte jedoch die Landung der Passagiere. Später erließ das Obergericht ein Verbot gegen deren Landung auf Fire-Island. — An Bord des Dampfers „La Champagne“ ist ein Zeiger an der Cholera erkrankt.

Lokales.

Zur Beachtung! Von Seiten der Landmannschaft der Schleswig-Holsteiner ging ein Aufruf mit der Bitte um Veröffentlichung zu, laut welchem dieser Verein für die durch Cholera-Epidemien auch finanziell schwer in Noth gekommene Bevölkerung Hamburgs, Altonas, Wandsbeks und anderer Orte eine Sammlung veranstaltet und mehrere Personen bezeichnet, welche sich zur Empfangnahme der Gelder bereit erklärt haben. In der heute Mittwoch in den Arminhallen stattfindenden Versammlung des genannten Vereins sollen Sammelstellen ausgegeben werden. Wir können den Aufruf jedoch nicht abdrucken, weil die Einleitung derartiger Sammlungen unter der hiesigen Klassenbewussten Arbeiterschaft nicht Sache eines einzelnen Vereins ist, sondern in das Ressort der sozialdemokratischen Gesamtpartei Berlins gehört, worin die Mitglieder jenes Vereins uns zweifellos selbst zustimmen werden, wenn sie Sozialdemokraten sind. Im übrigen sei noch bemerkt, daß die Inanspruchnahme der Privatwohlthätigkeit der beschlossenen Arbeiter für die Bevölkerung der in Frage kommenden Gegenden uns weniger angeht, als eine schnelle und energische Agitation der deutschen Arbeiter dafür, daß Staat und Gemeinden für die Betroffenen mit ausreichender Unterstützung auf den Plan treten, wie das einem Nothstand gegenüber, der so erschütternden Umständen entspringt, noch mehr als sonst verdammt Pflicht und Schuldigkeit des Staates und der Gemeinden ist.

Die Wahl des Oberbürgermeisters von Berlin soll, wie verlautet, bereits am Donnerstag über acht Tage stattfinden. Es sollen die Verhältnisse sich jetzt so „gelärt“ haben, daß an der Wahl des Bürgermeisters Zelle kaum noch gewechselt werden könne. Die „Märkung“ scheint darin zu bestehen, daß die „Macher“ des rothen Hauses sich geeinigt haben.

Ein deutscher Patriot. Ueber eine Unterredung zwischen dem Kaiser und dem bekannten New-Yorker Pianofabrikanten Steinway wissen die Blätter zu berichten. Herr Steinway sprach zum Kaiser von der lebhaftesten Theilnahme der Deutschen in Amerika an allen Vorgängen in Deutschland. Wie berechtigt Herr Steinway als Vertreter des deutschen Patriotismus ist, geht daraus hervor, daß er selbst gleich nach seiner Ueberseefahrt in Amerika den Namen Steinway in Steinway umbenannte.

Arbeiter-Bildungsschule. Mit dem 30. September geht das Sommersemester zu Ende und beginnen am 1. Oktober an allen vier Schulen: Nordschule, Müllerstr. 179a, Ostschule, Markstr. 31, Südostschule, Reichenbergerstr. 133, Südschule, Hagelbergstr. 43, neue Unterrichtskurse, wozu schon jetzt neue Schüler und Schülerinnen, sowohl in den Schulen, als auch in den bekannten Zahlstellen aufgenommen werden.

Zu den bisher an der Arbeiter-Bildungsschule unterrichteten Fächern: Deutsch, Geschichte, Nationalökonomie, Chemie, Physiologie, Buchführung und Rechnen kommen vom 1. Oktober noch zwei weitere, für den Arbeiter ebenfalls höchst notwendige Fächer: Logik und Mathematik.

Der Unterricht für Logik soll eine weitere Ergänzung des so wichtigen Deutschunterrichts bilden. So ergänzt wird dem Arbeiter nicht nur die Gelegenheit gegeben die geistigen Waffen anzuweihen, sondern er lernt auch dieselben in ihrer ganzen Schärfe zu benutzen. Die Logik ist eine Wissenschaft, die von jedem denkenden Menschen, ohne daß er sich ihrer einzelnen Lehren bewußt ist, angewandt wird. Sie giebt die Richtschnur zum richtigen Denken. Sie lehrt Begriffe bestimmen, wissenschaftliche Sätze zerlegen und bis auf ihre letzten Gründe zurückzuführen und beweisen.

Die strengste Anwendung der logischen Lehren findet in der Mathematik statt. Der untere Rechenunterricht, welcher in der Arbeiter-Bildungsschule durch das obere Rechnen und die Buchführung fortgesetzt wird, erfährt seine wissenschaftliche Erweiterung und Begründung durch die Mathematik. Dieselbe zerfällt in zwei Haupttheile, in Arithmetik oder Zahlenlehre und in Geometrie oder Lehre von den Raumgrößen.

Beide Zweige sind sowohl in hohem, als auch in praktischer Hinsicht für den Arbeiter von höchster Bedeutung. Jeder, der mit Berechnungen, Messungen und Ausbauten zu thun hat, wie Tischler, Mechaniker, Maschinenbauer u. s. w., weiß aus Erfahrung, von welchem Vortheil mathematische Kenntnisse sind. Es ist dabei durchaus ein Versehen, sich die Mathematik als zu schwer vorzustellen. Die bisherigen Erfahrungen haben es gezeigt, daß es nur auf die Art des Unterrichts ankommt. Dabei fördert die logische und mathematische Schulung den Verstand und das Gesellen an wirklicher Bildung in einer Weise, wie es so leicht bei keinem anderen Gegenstande möglich ist.

Der Unterricht für Logik findet vom 1. Oktober an der Ostschule Markstr. 31 jeden Montag, an der Süd-Ost-Schule, Reichenbergerstr. 133 jeden Mittwoch, an der Süd-Ost-Schule, Reichenbergerstr. 133, Freitags, an der Nordschule, Müllerstr. 179a, Mittwoch Abends von 7/29 bis 11/11 Uhr unterrichtet.

Es ist zu wünschen, daß eine recht roge Theilnahme stattfindet, wie es die Bedeutung dieser Fächer verdient. Dem Arbeiter wird hier die Gelegenheit geboten, nicht nur die Mängel und Lücken seiner Schulbildung auszufüllen, sondern sich auch ein Maß von Bildung anzuweihen, welches ihn befähigt mit ganzer Kraft in den Kampf für seine geistige und wirtschaftliche Befreiung einzutreten.

Wenngleich die wirtschaftlichen Verhältnisse augenblicklich Alles zu wünschen übrig lassen, so ist diesem Umstande in weitestem Umfange Rechnung getragen. Der Beitrag ist so gering und die Hülle des Gebotenen so reichhaltig wie bei keinem anderen Institut bürgerlicher Richtung. Kein Arbeiter und keine Arbeiterin sollte daher verfehlen, der Arbeiter-Bildungsschule beizutreten. Mögen sie Alle die Bedeutung der Worte unseres Genossen Liebnicht in ihrem vollen Umfange erkennen — Wissen ist Macht! Macht ist Wissen!

Freie Volkshöhle. Die Karten für das Vereinsjahr 1892/93 sind nunmehr den unterzeichneten Zahlstellen übergeben worden. Die Mitglieder der Freien Volkshöhle, sowie diejenigen, die die Mitgliedschaft des Vereins erwerben wollen, werden höflich gebeten, sich sofort bei derjenigen Zahlstelle einschreiben zu lassen, bei der sie für die Dauer des ganzen Jahres ihre Mitgliedsbeiträge entrichten wollen. Auf diese Bitte macht der Unterzeichnete noch besonders diejenigen aufmerksam, die zum 1. Oktober ihre Wohnung verändern.

Der monatliche Beitrag wird statutengemäß durch Selbsteinschätzung bestimmt, muß aber mindestens 50 Pfg. monatlich betragen; insoweit erlaubt sich der Unterzeichnete, an diejenigen Mitglieder, die eines günstigen Einkommens sich erfreuen, die Bitte zu richten, sich zu einem höheren Beitrage als 50 Pfg. einzuschätzen, damit der Verein in die angenehme Lage kommt, seinen Mitgliedern im nächsten Jahre künstlerisch bedeutende Leistungen darzubieten.

Die Zahlstelle von Gumpel, Landsbergerstr. 10, ist aufgehoben, die Zahlstellen von Köppen, Penn und Scheithauer neu errichtet. Der Unterzeichnete ist bereit, in der Gegend

des Spittelmarktes und des Alexanderplatzes, sowie in der Gegend des Behrens, Thiergartenstraße, Zahlstellen zu errichten und bittet geeignete Bewerber, ihm ihre Adressen zu übersenden.

Der Vorstand der Freien Volkshöhle.
J. A. Julius Turt,
S.W., Solmsstr. 24.

Die Zahlstellen befinden sich bei den Herren:

N.
D. Bräuner, Restaurateur, Boßbringerstr. 67.
H. Hünz, Zigarrenhandlung, Bankstr. 14a.
Fellenberg, Restaurateur, Brunnenstr. 122.
E. Engel, Buchbinderei, Chorinerstr. 9.
H. Rehner, Zigarrenhandlung, Diederhofenerstr. 3.
Aug. Penn, Zigarrenhandlung, Demminstr. 62.
M. Winkelmann, Zigarrenhandlung, Adlerstr. 153.

NO.
Niemeyer, Zigarrenhandlung, Weberstr. 19.
S. Gumpel, Zigarrenhandlung, Barnimstr. 42.

O.
Ungerling, Restaurateur, Breslauerstr. 27.
E. Böhl, Restaurateur, Frankfurter Allee 74.

SO.
E. Arndt, Zigarrenhandlung, Skaligerstr. 107.
E. Böhlert, Zigarrenhandlung, Mariannenstr. 5.
A. Rehr, Hutgeschäft, Köpnickstr. 126.

S.
H. Rielamp, Zigarrenhandlung, Gräferstr. 60.
G. Schulz, Zigarrenhandlung, Amiralstr. 43.
W. Börner, Zigarrenhandlung, Ritterstr. 108.
S. Saake, Buchhandlung, City-Passage.

SW.
H. Dohs, Zigarrenhandlung, Lindenstr. 59.
H. Passorke, Zigarrenhandlung, Junferstr. 1.
H. Laoge, Restaurateur, Fährbringerstr. 22.
S. Böpel, Zigarrenhandlung, Rathbachstr. 1.
H. Köppen, Buchdruckerei, Gilschinerstr. 102.

W.
D. Antrick, Zigarrenhandlung, Steinwegstr. 60.
NW. (Moabit).
F. Bopf, Zigarrenhandlung, Lüderstr. 8.

C.
F. Berndt, Zigarrenhandlung, Neue Schönhauserstr. 18.
E. Gorsch, Zigarrenhandlung, Gipsstr. 5.
Bruno Scheithauer, Musikalienhandlung, Rosenthalerstr. 64, vis-a-vis der Auguststraße.

Im Laufe des gestrigen Montags mußten verschiedene Klassen von hiesigen Gemeindefschulen geschlossen werden, da in denselben Kinder an heftigem Erbrechen — Folgen des Sonntags — erkrankten. — In allen diesen Fällen ist jede Cholera-gefahr ausgeschlossen, die betr. Zimmer wurden sofort amtlicherseits desinfizirt.

Zur Cholera-gefahr. Die Zille des an der asiatischen Cholera in Spandau verstorbenen Schiffseigenen H. Kemler, welche bis Montag in Spandau vor Anker lag, war von dort durch die Schiffsbemannung heimlich ohne Wissen der Spandauer Polizei fortgeführt worden. Letztere ließ sofort den Telegraphen nach allen Richtungen spielen und gestern Nachmittag gegen 4 Uhr wurde der flüchtige Kahn durch die hiesige Polizei in dem Augenblick ausfindig gemacht, als er im Nordhafen anlegen wollte. Die Mannschaft desselben wurde durch Schuppleute am Aussteigen verhindert und auf Anordnung der Sanitätskommission unter polizeilicher Bedeckung nach der städtischen Desinfektionsanstalt in der Reichenbergerstraße überführt. Auch der Kahn wurde gestern Abend noch gründlich desinfizirt.

Aus dem Krankenhaus Moabit. Als geradezu vorzüglich wird uns von dort in Bezug auf die Cholera-gefahr der Gesundheitszustand der Berliner Bevölkerung geschildert. Es befindet sich zur Zeit kein einziger Choleraverdächtiger mehr in dem oben erwähnten Krankenhaus, auch die Zahl der an Brechdurchfall, Cholera nostras, Darmkatarrh Leidenden nimmt glücklicher Weise von Tag zu Tag mehr ab; so wurden im Laufe des gestrigen Tages nur drei, in der heutigen Nacht nur eine derartige Person daselbst eingeliefert, und bis am heutigen Tage Vormittag 11 Uhr ist überhaupt ein derartiger Kranker nicht dahin geschafft worden. — Der Kaufmann Körper ist übrigens erst heute Morgen als „gesund“ aus Moabit entlassen worden, am vorigen Sonnabend wurden die 11 Genossen des verstorbenen Arbeiters Krumrey, die sich bekanntlich so lange in ärztlicher Beobachtung ebenfalls befanden, als unverdächtig fortgeschickt.

Die hiesige Polizeibehörde hält jetzt fast alle aus Hamburg kommenden Bahnsendungen, soweit dieselben Ansteckungsstoff in sich tragen können, an, um dieselben desinfiziren zu lassen, und geht in Durchführung dieser Bestimmung mit größter Energie vor. Eine hiesige Lederhandlung im Jerusalem Viertel hatte gestern einen Posten Felle aus Hamburg erhalten und ließ dieselben mittelst eines Rollwagens der Speditionsfirma Schnur abholen. Der Wagen wurde jedoch von der Polizei sofort angehalten und die Ladung desselben, sowie die dabei thätigen Arbeiter, sieben an der Zahl, nach der städtischen Desinfektionsanstalt in der Reichenbergerstraße zur gründlichen Säuberung geschafft.

Zu der städtischen Desinfektionsanstalt in der Reichenbergerstraße ist jetzt Nachtdienst eingerichtet, jedoch wird die Ausführung von Desinfektion in dieser Zeit nur in dringenden Nothfällen vorgenommen. Das Personal ist von 61 auf 210 Mann vergrößert. Die Zahl der täglich zu desinfizierenden Wohnungen beträgt im Durchschnitt 35 gegen 12 im Vorjahre, die Zahl einzeln zu desinfizierender Zimmer 75 gegen 14 im Vorjahre. — Außer der Desinfektion auf Grund amtlicher Anordnung lassen auch viele Private Desinfizierungen vornehmen, mitunter recht selbstsam. Herr von Bleichröder läßt seine Briefschaften täglich desinfiziren, ein Großkaufmann in der Louisenstraße kam persönlich, um einige 1000 M. Banknoten, die ihm aus Hamburg zugegangen waren, einer Desinfizierung unterziehen zu lassen. Ein Juwelier sandte zu demselben Zwecke 150 Paar goldene Ohrgänge, die für ihn aus Hamburg eingetroffen waren, gleichfalls zur Entfernung etwaiger Choleraerkrankungen nach der Reichenbergerstraße. Während diesen Vorsichtigen in Bezug auf Desinfizierung gewillfährte werden konnte, machte der Wunsch eines hiesigen Biergeschäfts, 100 Schok russischer Eier, die vor Kurzem hier eingetroffen, zu desinfiziren, aus rechtlichen Gründen abschlägig beschieden werden. Auch die Anforderung einer alten Dame, ihr Bettzeug zu desinfiziren, weil Wägen darin gehaust und diese aus Hamburg eingeschleppt sein könnten, konnte nicht erfüllt werden. — Bezüglich der Ausführung der Desinfektion von Personen können wir noch mittheilen: Die Verdächtigen müssen ein Bad nehmen — Frauen ein Wannenbad, Männer ein Douchebad —, wobei sie sich gehörig abzuseifen haben; während dieser Zeit werden die Kleidungsstücke mittelst 110 Grad Celsius heißen Dampfes, Schuhs und Kopfbedeckung mittelst Chemikalien desinfizirt; der so Gereinigte erhält dann eine Bescheinigung darüber. Abgesehen von dem in der Reichenbergerstraße angestellten Personal werden täglich etwa 30 Personen als „verdächtig“ desinfizirt.

Gegen die Festschließung des Gewichts und Preises des Brotes in den Wädeläden erklärt sich die gesamte Bourgeoisie. Die „Volk-Zeitung“ begründet ihre Einwendungen in folgender Weise, indem sie schreibt: „Es kann ein Wädel für 50 Pfennige ein sehr großes, aber ein sehr schlechtes, und ein anderer Wädel für denselben Preis ein kleines, aber sehr gutes, d. h. von gutem Mehl gebackenes, sehr nahrhaftes Brot

berstellen. Bei Beurtheilung des Brotes spielt, abgesehen vom Mehl und von der Art des Durchbackens, auch der Wassergehalt eine große Rolle, der zwischen 10 und 40, ja gelegentlich 45 pCt. des Gewichts schwanken kann; ein weiterer Beweis mehr dafür, daß polizeiliche Brottagen mehr eine groteske Schikane für die Bäcker, als einen Schutz für das konsumierende Publikum darstellen. Alles dieses gilt auch von der Butter. Will etwa deshalb die „Volks-Zeitung“ auch die für den Butterverkauf geltenden Bestimmungen befeitigen? Besteht einmal die Bestimmung, daß die Bäcker in ihrem Geschäft das Pfund Brot zu einem bestimmten Preise verkaufen müssen, dann wird das Publikum schon selbst unterscheiden, ob es das theuere aber bessere Brot des einen Bäckers dem billigeren aber schlechteren Brot des anderen vorziehen will. Die Täuschungen betreffs der Quantität fallen dann wenigstens fort.

Eine Schreibstube wird der Verein zur Besserung der Strafgefangenen am 1. Oktober im Anschluß an den in der Neuen Friedrichstr. 13-18 befindlichen Arbeitsnachweis eröffnen. Die Schreibstube soll Gelegenheit geben, Straftatlassene mit höherer Bildung, frühere Beamte und dergleichen zu beschäftigen. Leute, für die bisher unendlich schwer Arbeit zu beschaffen war. In der Schreibstube sollen schriftliche Arbeiten aller Art angefertigt werden, besonders erhofft man Aufträge für Adressenschreiben und dergleichen. Indessen suchen tausende Männer mit „höherer“ Bildung, Studierte, stellenlose Kaufleute, Techniker u. s. w. mit solchen Arbeiten kümmerlich ihr Dasein zu fristen. Die Noth, die bittere Noth bringt täglich eine Anzahl von ihnen mit dem Strafgefängnis in Verbindung, und erst wenn sie diesem verfallen sind, dann kommt das „christliche“ Mitleid mit seinen Vereinen zur Besserung der Strafgefangenen.

Die Tapezierer Erich Wendland, Ewinemünderstr. 143 und Hermann Wendland, Kleinendörferstr. 64, ersuchen um Mittheilung, daß sie mit der in der Nummer vom 8. September unter „Gerichtszeitung“ angeführten Firma Krause und Wendland, deren Inhaber wegen der betrügerischen Anfertigung von Schundpolstermöbeln verurtheilt wurden, weder identisch seien, noch in irgend welcher Beziehung zu denselben stehen.

Der Kaufmann und Handeigenthümer Moritz Wende, Webersstr. 38 wird noch immer vermißt. Derselbe verließ am 29. August seine Wohnung, um angeblich ein Lokal in der Viniensstraße aufzusuchen, und ist trotz aller behördlichen Nachforschungen bisher nicht ermittelt worden.

Die Gerichtsferien nehmen am Donnerstag ihr Ende, und die Gerichte arbeiten dann wieder nach dem vorgeschriebenen Zeitungsplan, d. h. die Ferienstrafkammern verschwinden von der Bildfläche und die ordentlichen Kammern treten wieder in Wirksamkeit und die Justizpflege nimmt auf der ganzen Linie wieder ihren ordnungsmäßigen Gang. Im Kriminalgerichtsgebäude zu Noabit hatte man in diesem Jahre von den Ferien wenig bemerkt, denn fast täglich waren sämtliche dort vorhandene Sitzungssäle mit Ferienstrafkammern und Schöffengerichtssitzungen besetzt. Trotzdem in der Zwischenzeit fleißig gearbeitet worden ist, ist noch ein großer Vorrath an spruchreifen Strafsachen vorhanden.

Die Anklagesache gegen die Landwirths-Ghefrau Braune in Riederdorf, welche in Gemeinschaft mit ihrem Flehhader Holze des versuchten Mordes begangen gegen den Ehefrau Braune, beschuldigt ist, wird am 23. September vor dem Schwurgericht des Landgerichts II stattfinden. Braune wurde während der Nacht von den beiden Angeklagten überfallen und es wurde der Versuch gemacht, ihn mittelst eines Strides zu ersticken. Die Ehefrau Braune will im letzten Augenblicke von Neue ergriffen worden sein und durch Hineinzwängen ihrer Hand zwischen Hals und Strick den Bedrohten vom Tode errettet haben. Die Verteidigung liegt in den Händen der Rechtsanwälte Dr. Friedmann und Schönfeld.

In der Heintze'schen Mordsache steht am 28. d. Mts. in der Revisionssinstanz Termin vor dem Reichsgericht an. Das Rechtsmittel der Revision gegen das schwurgerichtliche Erkenntniß ist von beiden Verurtheilten eingelegt worden.

Polizeibericht. Am 12. d. M. Nachmittags wurde ein Postkassierer im Keller des Postgebäudes Halle'scherstr. 11 und Abends ein Handlungsgehilfe in seinem Schlafzimmer in der Schönhauser Allee erhängt gefunden. — Nachmittags trank eine Frau in ihrer Wohnung in der Marzgrafentrasse aus Versehen ein Glas konzentrierter Karbolsäure. Sie wurde schwer verletzt nach der Charite gebracht. — Ein Kaufmann aus Charlottenburg wurde Nachmittags an der Ecke der Morosleben- und Säulensstraße beim Ueberschreiten des Fahrdammes von einem Kälberwagen überfahren und an beiden Beinen so bedeutend verletzt, daß er mittelst Droschke nach seiner Wohnung gebracht werden mußte. — Am 12. d. M. fanden 5 kleinere Brände statt.

Gerichts-Zeitung.

Eine für den formellen Gang des Strafprozesses verfahren nicht unwichtige Frage beschäftigte gestern die 7. Strafkammer des Landgerichts I. In einer Injuriansache hatte vor einiger Zeit in erster Instanz vor dem Schöffengericht Termin um 12 1/2 Uhr Mittags angesetzt. Bereits um 11 1/2 Uhr fragte der Vorsitzende des Schöffengerichts, Affessor von Treckow, die Privatklägerin, ob sie damit einverstanden sei, daß Mangel an anderweitigen Stoffen ihre erst um 12 1/2 Uhr anstehende Sache bereits jetzt vor der Terminsstunde verhandelt werde. Die Privatklägerin verwies darauf, daß sie durch den Rechtsanwalt Dr. Haase vertreten werde und deshalb bis zur Terminsstunde warten wolle. Trotzdem trat der Vorsitzende in die Verhandlung ein und als um 12 1/4 Uhr — also noch eine Viertelstunde vor der angesetzten Terminzeit — der Vertreter der Privatklägerin erschien, war der Termin bereits beendet und war die Privatklägerin mit ihrer Klage kostenpflichtig abgewiesen worden. Hiergegen legte sie Berufung ein, und in dem gestern vor der Strafkammer anstehenden Termin stellte der Vertreter, Rechtsanwalt Dr. Haase zunächst den Antrag, daß die Strafkammer nicht verhandeln, die Sache vielmehr zur nochmaligen Verhandlung in die erste Instanz zurückverweisen möge. Wenn auch die Zeugen zum Termin zur Stelle seien, so lege die Privatklägerin doch Werth darauf, daß sie die Sache in zwei Instanzen, nämlich vor dem Schöffengericht und vor der Strafkammer unter Verstand des von ihr erwählten Vertreters verhandeln könne, während sie event. gegen die heutige Verhandlung eine Berufung nicht mehr haben würde. — Der Gerichtshof publizirte nach längerer Beratung, daß auch nach seiner rechtlichen Auffassung der gerügte formelle Mangel erster Instanz ein so wesentlicher sei, daß auf Grund desselben das erste Urtheil aufgehoben und die Sache zur nochmaligen Verhandlung in die erste Instanz zurückverweisen werden müsse. Es wurde deshalb beschlossen, zunächst den Richter und den Protokollführer, die in der ersten Instanz thätig gewesen, über die behauptete vorzeitige Verhandlung zu vernahmen und demnach das Weitere zu veranlassen.

Drei Jahre Gefängniß für eine Chreifege. Der siedenten Strafkammer des Landgerichts I wurde gestern der Schuhmacher Hermann Bogt vorgeführt, ein Mensch, der sich in der Freiheit nicht wohl zu fühlen scheint, denn er hat von seinen zurückgelegten 40 Jahren annähernd 20 Jahre in Gefängniß zugebracht. Der Vorsitzende hatte ihm 39 Vorstrafen vorgehalten, welche zumeist wegen groben Unfugs, Beleidigung, Körper-

verletzung, Arbeitscheu und Fährung falschen Namens erkannt waren. Der Angeklagte pflegt mit fast krankhafter Hartnäckigkeit irgend etwas zu begehren, das ihn wieder ins Gefängniß bringt, wobei er aber dafür Sorge trägt, daß seine Thaten als solche sich kennzeichnen, welche nur mit Haftstrafen geahndet werden. Im vorliegenden Falle hatte er sich indessen arg verrecknet. Am Abende des zweiten August begegnete der Angeklagte in der Brenzlauerstraße dem Kaufmann Heinemann, der seine Ehefrau am Arme führte. Ohne irgend eine Veranlassung schlug der Angeklagte dem Ehemann H. den Hut vom Kopfe. Es folgte wiederum eine Anklage wegen groben Unfugs. Im Termin vor dem Schöffengericht erklärte der Vorsitzende dem Zeugen Heinemann, daß er den Strafantrag wegen Mißhandlung stellen könne, falls er durch das Herunterschlagen des Hutes ein körperliches Unbehagen empfunden habe. Der Zeuge stellte diesen Strafantrag und nun erklärte das Schöffengericht sich für unzuständig und verwies die Sache an die Strafkammer. Im gestrigen Termine führte der Staatsanwalt Großpietsch aus, daß der gemeingefährliche Angeklagte auf möglichst lange Zeit hinaus unschädlich gemacht werden müsse. Er beantragte gegen denselben die höchste zulässige Strafe, drei Jahre Gefängniß. Das Urtheil lautete dem Antrage gemäß.

Aufkündigung und Betrug führte gestern den Tischler Max Stasny und den Annoncenjämaler Siegfried Meißner vor die siebente Strafkammer des Landgerichts I. Ein dritter vor den Straftathen Beteiligter, der Handlungskommissar Grün, ist bisher nicht zu ermitteln gewesen. Die drei Genannten zerbrachen sich an einem Junitage den Kopf, wie sie ihrem alseitigen Geldmangel abzuwehren verminderten. Grün faßte einen Plan, der zur Ausführung gelangte. Er war früher in der Musikinstrumenten-Handlung von Benz thätig gewesen und hatte sich einige Briefbogen mit der Firma seines früheren Prinzipals angeschlossen. Die Rollen wurden nun so vertheilt, daß Meißner nach Grün's Diktat eine Bestellung auf ein Musikwerk zu 40 Mark an den Fabrikanten Rettig niederschrieb. Mit diesem Briefe wurde Stasny zu Rettig geschickt. Das Verlangte wurde nicht verabfolgt, sondern gesagt, daß der Besteller selbst kommen möge. Nun wurde ein zweiter Brief gefälscht, in welchem nochmals um sofortige Ueberlassung des Musikwerkes, das als Geburtstagsgeschenk dienen sollte, ersucht wurde. Es fiel auf, daß der Brief in der kurzen Zwischenzeit unmöglich den Gang hin und zurück zurückgelegt haben konnte, der Verdächtige wurde deshalb festgehalten. Im Termine waren die Angeklagten Stasny und Meißner geständig, ersterer wurde zu sieben, letzterer zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt. Auf Grün wird gesahndet.

Eine für die Grenzen der Wahrnehmung berechtigter Interessen prinzipiell wichtige Entscheidung hat gestern die VIII. Strafkammer des Landgerichts I gefällt. Der Kaufmann Franz Keim hatte gegen den Zimmermann Julius Müller eine Forderung von 60 M., wegen welcher er den letzteren verklagte und schließlich den Offenbarungszeit leisten ließ. Als der Verlobte war, äußerte Keim eines Tages zu einer dritten Person, daß „wenn Müller bei Beifugung des Offenbarungszeit irgend etwas anzugeben vergessen haben sollte, er es demselben schon besorgen würde; er würde sich einen Geheimpolizisten annehmen und denselben mit der Erforschung des Sachverhalts beauftragen, um event. gegen Müller vorgehen zu können.“ Das Schöffengericht hatte seiner Zeit in dieser Beziehung zwar eine objektive Beleidigung erblid, trotzdem aber den Kläger mit seiner Klage abgewiesen, weil es der Ansicht war, daß der um seine Forderung gebrauchte Gläubiger, wenn er eine solche Keufierung that, lediglich in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe. — In der gegen dieses Urtheil eingelegten Berufung führte Rechtsanwalt Dr. Haase aus, daß in vorliegendem Falle von einer Wahrnehmung berechtigter Interessen nicht die Rede sein könne; eine solche könne nur vorliegen, wenn derjenige, der seine Interessen wahrnehmen will, es auch in einer solchen Weise und an solcher Stelle thut, die für den Schutz seiner Interessen überhaupt in Betracht kommen kann. Wenn aber in vorliegendem Falle der Angeklagte in einem Privatgespräch die Verdächtigung zum Ausdruck brachte, daß der Privatkläger in seinem Offenbarungszeit etwas verheimlicht haben könnte, so liegt die Absicht einer Beleidigung klar auf der Hand. — Der Gerichtshof schloß sich dieser Auffassung dahin an, daß, wenn der Angeklagte sich auf § 193 St.-G.-B. berufen wollte, er seine Interessen an maßgebender Stelle, aber nicht bei einem Theil des flüchtigem Publikum hätte anbringen müssen. Der Angeklagte wurde deshalb, unter Aufhebung des ersten Erkenntnisses, kostenpflichtig zu 10 M. Geldbuße verurtheilt.

Soziale Uebersicht.

„Entbehrungslohn“ des Kapitals. Nachstehende Zusammenstellung von Aktiengesellschaften veröffentlicht der „Deutsche Oekonomist“ auf Grund der Aufzeichnungen der sämtlichen im Reichs-Anzeiger“ in der Zeit vom 1. Januar 1891 bis 1. März 1892 veröffentlichten Abschlüsse von Aktiengesellschaften für das Jahr 1890 bezw. 1889/90. Zu bemerken ist, daß erschöpfende Angaben nicht möglich sind, da lange nicht alle bestehenden Aktiengesellschaften trotz Vorschritt ihre Abschlüsse im „Reichs-Anzeiger“ veröffentlichten. Immerhin ist aber diese Uebersicht Statistik schon interessant genug. Nach dieser „arbeiteten“ im Deutschen Reich:

Zahl	Branche der Gesellschaften	Aktien-Kapital	Reingewinn pro 1890 bezw. 1889/90
		Mill. M.	Mill. M. pCt.
57	Landwirthschaft, Viehzucht u. s. w.	34	4 11,17
230	Bergbau, Hütten, Salinen	864	111 12,82
143	Industrie der Steine und Erden, Glasfabriken	143	16 11,83
487	Metallverarbeitung, Maschinenbau	359	46 12,68
191	Chemische Industrie, Feiz- und Leuchtstoffe	277	45 16,37
178	Textil-Industrie	290	23 8,21
94	Papier, Leder-, Holz- und Schnitzstoffe	87	10 11,90
334	Brauereien, Brennereien, Malzfabriken u. s. w.	326	29 8,76
106	Zuckerfabriken	165	19 11,51
68	Sonstige Nahrungs- und Genussmittel	33	5 8,78
35	Bekleidung und Reinigung	15	1 4,59
121	Baugewerbe	181	11 5,98
87	Poligraphische Gewerbe, Zeitungen, künstlerische Betriebe	45	4 9,67
361	Banken	1770	172 9,63
118	Versicherungs-Gesellschaften	108	26 28,59
69	Eisenbahnen	417	18 4,25
180	Sonstige Transport-Anstalten	269	20 7,56
93	Beherbergung und Equidung	39	2 5,99
278	Diverse	232	18 7,66
2955	Zusammen ca.	5650	577 10,21

Das **Herold'sche Telegraphenbureau** bringt wieder einmal eine Nachricht über Arbeiterangelegenheiten, der man das Tendenzlose auf den ersten Blick ansieht. In Zutra (Italien) sollen streifende Gutmacher „einen ganzen Tag lang“ „vandalische Exzesse“ begangen haben, so daß jacobinische Militärs habe ein-

schreiten und Feuer geben müssen. Womit die „vandalische Exzesse“ bestanden haben, verschweigt das Bureau. Wahrscheinlich weiß es darüber ebensowenig wie wir. Dann mag es sich erst genauer informieren, ehe es solche windige Nachrichten in die Welt setzt. Wenn wirklich Exzesse der Arbeiter vorgekommen sind, so gehört es sich, daß man auch die Ursache angiebt, welche ihnen zu Grunde liegt. Wenn die Telegraphenkompanien wüßten, wie sehr solche parteiische Nachrichten von den Arbeitern belacht werden, sie würden am Ende selbst sich ihrer Handlungsweise schämen.

Nachträgliches zur Notiz: „Die braven Gewerksvereiner“. In Nr. 157 zitierten wir aus dem Jahresbericht des Gewerberaths für Breslau und Siegnitz u. A. folgende Stelle: „Der Direktor einer Porzellanfabrik hatte sich mit seinen Arbeitern, welche fast sämtlich Gewerksvereiner sind, dahin geeinigt, daß zur Grundlage für die Verhandlungen über die neue Arbeitsordnung eine solche von den Arbeitern unter Jubelruf ihres Berliner juristischen Beiraths aufgestellt wurde. Die so entstandene Arbeitsordnung entsprach nur in einem Punkte nicht den Wünschen des Arbeitgebers: sie hatte zu scharfe Strafbestimmungen.“

Wir fügten daran die Bemerkung: „Das ist jedenfalls ein Unikum, daß nicht tief genug in den Arbeiterblättern gehängt werden kann. Eine Arbeitsordnung zu entwerfen, in welcher selbst dem Kapitalisten zu scharfe Strafbestimmungen enthalten sind — das bringen nur die loyalen Gewerksvereiner mit ihrem Berliner Veröhnungspostel fertig!“

Dr. Max Hirsch bestritt darauf die Richtigkeit der Angabe, daß Mitglieder der von ihm geleiteten Gewerksvereine bei der Sache theilhaftig wären, und der Vorstand des damals dem Verbands der Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine ausgegliederten Verbandes der Porzellan- und verwandten Arbeiter in Charlottenburg veranstaltete darauf eine Umfrage bei seinen schlesischen Mitgliedschaften, wobei sich ergab, daß in keiner Mitgliedschaft etwas davon bekannt geworden ist, daß eine Arbeitsordnung unter den vom Gewerberath geschickten Umständen zu Stande gekommen war. Hierauf wandte sich der Vorstand des Porzellanarbeiter-Verbandes an den Gewerberath selbst, und dieser gab über die Entziehung der betr. Stelle des Berichtes u. A. Auskunft wie folgt:

Als im Sommer 1891, also zu einer Zeit, wo die einzelnen Bestimmungen der Reichs-Gewerbe-Ordnung vom 1. Juni 1891 noch nicht völlig in das Bewußtsein der Beteiligten eingedrungen war, die betr. Porzellanfabrik von einem diesseitigen Beamten revidirt wurde, kam im Laufe des Gesprächs zwischen dem Direktor der betreffenden Fabrik und dem genannten Beamten auch die Sprache auf die aufzustellenden Arbeitsordnungen. Hierbei bemerkte der Direktor, daß er mit seinen Arbeitern im besten Einvernehmen stünde, und im Vertrauen auf dasselbe seinen Arbeitern aufgetragen habe, eine Arbeitsordnung selbst aufzustellen, ihnen es anheimstellend, sich hierzu event. ihres Berliner juristischen Beiraths zu bedienen. Dies geschah, es entsprach derselbe völlig der Ansicht des Direktors, sie enthielt keine Strafbestimmungen und war der Direktor auch hiermit zunächst einverstanden, da derselbe mit seinen Arbeitern seit dem Bestehen der Fabrik ohne schiefgelegte Strafen ausgekommen war, die Aufnahme solcher in die Arbeitsordnung daher ferner ihm nicht nöthig erschien.

Diese Unterhaltung ließ nun allerdings die irrthümliche Auffassung bei dem Beamten zurück, daß sich das eben Geschriebte bereits abgepielt habe, und daß die Arbeiter in dem ihrem Direktor vorgelegten Entwurf zur Arbeitsordnung Strafen vorgesehen hätten, welche dem Direktor die vorstehend wiedergegebene Bemerkung bez. der Strafen abnötigten. Demzufolge nahm der Beamte in seinem Bericht den Satz auf: „Die so entstandene Arbeitsordnung entsprach nur in einem Punkte nicht den Wünschen des Arbeitgebers, sie hatte zu scharfe Strafbestimmungen.“

Thatsächlich sollte jedoch die Unterredung nur andeuten, wie sich der Direktor seinen Arbeitern gegenüber hinsichtlich der gesetzlich vorgeschriebenen Arbeitsordnungen verhalten würde, um kein Mißtrauen bei denselben zu wecken, welches das bestehende gute Einvernehmen beider Theile beeinträchtigen könnte.

Dieser Entwurf einer Arbeitsordnung wurde also vor endgültiger Abfassung einer solchen in der oben erwähnten Unterredung besprochen und enthielt, allseitigem Wunsche entsprechend, keine Strafbestimmungen.

Nach genauerer Einsicht des Gesetzes glaubte der Direktor jedoch aus dem § 134c Absatz 2 der Gewerbe-Ordnung schließen zu müssen, daß er sich bei dem Bericht auf Strafbestimmungen in der Arbeitsordnung überhaupt für alle Zeit jeder Bestrafung der Arbeiter begeben und, um dieses Recht in zwingenden Fällen bei großen Verhößen nicht zu entbehren, wurden nachträglich noch Strafbestimmungen aufgenommen, denen sich die Arbeiter auch ohne jedes Bedenken unterwarfen.

Dieses war der eigentliche und einzige Grund, weshalb der Direktor die ihm von seinen Arbeitern unterbreitete Arbeitsordnung in dieser Hinsicht änderte.“

Gemäß dieser Auskunft des Gewerberaths sowie der Mittheilungen der schlesischen Mitgliedschaften erachtet es nun der Vorstand des Verbandes der Porzellan- und verwandten Arbeiter in einer Erklärung als festgestellt, daß die Mitglieder des Verbandes der Porzellanarbeiter an dem Zustandekommen der vom „Vornwärts“ bezeichneten Arbeitsordnung nicht theilhaftig sind, und fügt hinzu:

„Daß der Vorstand den Namen des sensationelustigen Direktors nicht erfahren konnte, muß um so mehr bedauert werden, weil nun schon zum dritten Mal den Berichten der Herren Gewerberäthe solche Irrthümer, die sicherlich den Werth dieser amtlichen Berichte sehr beeinträchtigen, nachgewiesen worden sind.“

Die Konzentration des Kapitals schreitet stetig fort; ein neuer Beweis hierfür ist in der kürzlich veröffentlichten Statistik über die in den Vereinigten Staaten existirenden Telephongesellschaften erbracht. Im Jahre 1890 bestanden deren 140 mit einem Kapital von 14 Millionen Dollars, im Jahre 1890 hingegen nur noch 53 Kompagnien mit einem Kapital von 72 Millionen Dollars. Die Dinge der Telephonbräute war in besagter Zeit von 48 000 (engl.) Meilen auf 227 000 gestiegen und die Dividende für jede Aktie in demselben Zeitraum von 15 auf 23 Dollars.

Arbeiter-solidarität. In einer Maschinenwerkstätte zu Little Rock (Nordamerika) war der Werkführer Braun wegen seiner großen Rechtschaffenheit bei den Arbeitern geachtet und beliebt. Das lag jedenfalls nicht im Sinne der Direktion; sie entließ ihn ohne Grund. Sämtliche 500 Arbeiter der Abtheilung legten hierauf die Arbeit nieder, und verlangten nun die WiederEinstellung Brauns.

In Philadelphia streiten die **Mäschereinen**, weil die Unternehmer für gewisse Arbeiten sich der Maschinen bedienen wollen.

Veranstaltungen.

Die Kommunalwähler-Verammlung, welche gestern Abend im 15. Bezirk stattfand, mußte, nachdem der Referent Bogt her die Theilnahme an der Wahl, namentlich aus Gründen der Agitation, empfohlen und dabei die Taktik der „Unabhängigen“ gestreift hatte, infolge des ständischen Bedrohens der Vertreter der letzteren Richtung vorzeitig geschlossen werden.

In einer Wählerversammlung für den 25. und 26. Kommunal-Wahlbezirk, welche gestern in der „Königs-

Interim „neuen Kurs“.

- Juli.**
- Dresden.** Genosse Diehl, Redakteur der „S. A. Ztg.“ wegen Verleumdung 200 M. Geldstrafe.
 - Halle.** Genosse Fähnig wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz 15 M. Geldstrafe.
 - Leipzig.** Das gegen Genossen Lingweiler, Redakteur der „Freien Presse“, wegen Amtmannsbeleidigung mit 14 Tagen Gefängnis ergangene Urteil wird vom Reichsgericht aufgehoben und neue Verhandlung anberaumt.
 - Erfurt.** Genosse Hülle, Redakteur der „Thüringer Tribune“, in der Berufungsinanz wegen groben Unfugs in drei Fällen zu je 15 M. Geldstrafe verurteilt.
 - Braunschweig.** Wegen Landfriedensbruchs anlässlich des „Krawalles“ nach Schluß einer Arbeitslosen-Versammlung wurden die vier meistbelasteten Teilnehmer vom Schwurgericht zu insgesamt 2 Jahren 7 Monaten Zuchthaus und 1 Jahr 5 Monaten Gefängnis verurteilt.
 - Leipzig.** Auf die Anklage wegen Vorbereitung zum Hochverrat, Majestätsbeleidigung, geheimer Verbindung verurtheilt das Reichsgericht die „Anarchisten“ Höfer zu 5/4, Rennthaler 6/4, Ruff 5/4, Lüner 4 Jahren Zuchthaus.
 - Mülheim a. d. R.** Zwei Genossen wegen unerlaubter Schriftenverbreitung 20 M. Polizeibüße.
 - Leipzig.** Genosse Blume wegen unerlaubter Geldsammlung 50 M. Geldstrafe, Genosse Gschütz freigesprochen.
 - Magdeburg.** Genosse Bölle wegen Verleumdung des Polizeipräsidenten und des Militärkommandos 14 Tage Gefängnis. Am 17. Juni war Genosse Bölle nach vierwöchentlicher Untersuchungshaft von der Anklage der Majestätsbeleidigung freigesprochen worden. Staatsanwaltschafts-Antrag 4 Monate Gefängnis.
 - Asterlohn.** Genosse Kautz, Redakteur der „Märkischen Arbeiterzeitung“ wegen Aufreizung 1 Monat Gefängnis. Staatsanwaltschafts-Antrag 8 Monate Gefängnis.
 - Mannheim.** Schlosser Hänsler wegen Polizei- und Gendarmenbeleidigung 50 M. Geldstrafe.
 - Weiden.** Genossen Siebenbürger und Ehrhardt ans Nürnberg vom Bezirksamt und Schöffengericht Zirkelrecht wegen unerlaubter Kolyportage zu je 100 M. Geldstrafe verurteilt, vom Landgericht freigesprochen.
 - Stendal.** Genosse Gorges von der Anklage der Polizeiverwaltungs-Verleumdung freigesprochen. Genosse Kommeck wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt 8 Wochen Gefängnis.
 - Freiberg.** Wegen Zusammenrottung und Widerstandes gegen die Staatsgewalt (anlässlich des Döbelner Formertreffs) Klempner Uhlitz 1 Jahr 5 Monate und Former Rühlberg 1 Jahr Gefängnis.
 - Brandenburg.** Genosse Stadthagen aus Berlin wegen Verleumdung des Regierungspräsidenten zu Potsdam 300 M. Geldstrafe. Staatsanwaltschafts-Antrag 5 Monate Gefängnis.
 - Dresden.** Genosse Raden wegen Stadtraths-Verleumdung vom Schöffengericht 200 M., vom Landgericht jezt 50 M. Geldstrafe.
 - Berlin.** Genossin Wabnik wegen wiederholter Majestätsbeleidigung und Religionschmähung 10 Monate Gefängnis.
 - Leipzig.** Das Reichsgericht bestätigte das gegen Genossen Zubeil in Sachen des sozialdemokratischen Liederbuchs gefällte Urteil 100 M. Geldstrafe. Ebenso die gegen Tappier Wieser und Kommiss Auerbach in Berlin wegen Aufreizung am 3. März ergangene Urtheile von 6, bezw. 3 Monaten Gefängnis.
 - Halle.** Wegen unerlaubter Kollekte (in einer Metallarbeiter-Versammlung) drei Genossen zu je 3 M. verurtheilt.
 - Düsseldorf.** Gen. Röblius und Renzler wegen unerlaubter Schriftenverbreitung je 3 M. Geldstrafe. Genosse Becko freigesprochen.
 - Torgau.** Genosse Lur, Redakteur der „Magdeburger Volksstimme“, wegen Richterbeleidigung 100 M. Geldstrafe.
 - Halberstadt.** Genosse Zielsch, Verleger der „Sonntag-Zeitung“, von der Anklage wider § 9 des Preßgesetzes freigesprochen.
 - Braub bei Freiberg (in Sachsen)** Wegen Tragens republikanischer Abzeichen (Mäuseschweife) Genosse Krumbiegel 12 Tage, Wötter und Lichteberger je 1 Woche, A. Wötter und Lichteberger je 5 Tage und Wörner 3 Tage Haft. Krumbiegel außerdem 15 M. Geldstrafe, ev. 1 Woche Haft wegen groben Unfugs.
 - Saalfeld.** Genosse Becker, Redakteur des „Thüringer Volksblatt“, wegen Vergehens gegen § 131 50 M. Geldstrafe.
 - Deuz.** Drei Genossen von der Anklage unerlaubter Kolyportage freigesprochen.
 - Waldenburg.** Die Streikaffäre der Porzellanarbeiter je 3 M. Polizeibüße wegen Uebertretung einer Polizeiverfügung. Sie hatten ohne Erlaubnis am Eingang der Fabrik sich aufgehalten.
 - Frankfurt a. M.** Genosse Schmidt, Redakteur der „Volksstimme“, wegen Vertikaler-Beleidigung 30 M. Geldstrafe.
 - Viesfeld.** Genosse Kobusch, Redakteur der „Volksmacht“ wegen Fabrikanten-Beleidigung 3 Monate Gefängnis.
 - Halle.** Wegen unerlaubter Vertheilung eines Flugblattes drei Genossen je 3 M. Geldstrafe.
 - Wochum.** Genosse Kuchbach, Redakteur der „Wesendlicher Arbeiter-Zeitung“ wegen Polizeisten-Beleidigung 50 M. Geldstrafe.
 - Brandenburg.** Genosse Gwald und Frau Restaurateur Wenger von der Anklage der Uebertretung einer — rechtlich unhaltbaren — Oberpräsidial-Verordnung freigesprochen.
 - Frankfurt a. M.** 15 Mitglieder von der Anklage der Polizeistunden-Uebertretung freigesprochen.
 - Wochum.** Bergmann Kordt aus Langendreer wegen Gotteslästerung drei Monate Gefängnis.
 - Halle.** Steiniger Bötsch wegen Uebertretung des § 1 des Vereinsgesetzes 15 M. Geldstrafe.
 - Magdeburg.** Genosse Meyer, Verleger der „Volksstimme“, wegen Vergehens gegen § 21 des Preßgesetzes 50 M. Geldstrafe.
 - Kassel.** Genosse Gahn wegen groben Unfugs (Bierboykott) 10 M. Geldstrafe.
 - Frankfurt a. M.** Der Vorsitzende des Sozialdemokratischen Vereins wegen Uebertretung einer Polizeiverordnung mit 15 M. Polizeibüße bedacht, von der Strafkammer

Juli.

freigesprochen. — Genosse Warscho wegen Abhaltung einer angeblich nicht angemeldeten Vereinsversammlung 15 M. Geldstrafe.

- Dresden.** Hufschmiedegeselle Großer aus Chemnitz wegen Majestätsbeleidigung 7 Monate Gefängnis.
- Dresden.** Genosse Wehler, Redakteur der „S. A. Ztg.“ wegen Fabrikantenbeleidigung 30 M. Geldstrafe.
- Dortmund.** Genosse Diederich, Redakteur der „Westf. Fr. Pr.“ wegen Verleumdung eines Zeichenbeamten 100 M. Geldstrafe.
- Matibor.** Zigarrenformierer Kampla wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesehe 3 Monate Gefängnis.
- Hannover.** Genosse Heinemann, vom Hamelner Landrath mit 30 M., vom Schöffengericht mit 20 M. Geldstrafe belegt wegen angeblicher Verletzung des Vereinsgesetzes, vom Landgericht zu Hannover freigesprochen.
- Ebersfeld.** Gen. Gewehr, Redakteur der „S. Fr. Pr.“ von der Anklage der Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen freigesprochen.
- Hamburg.** Gen. Bill, Redakteur der „Gerechtigkeit“, wegen Aufreizung 4 Monate Gefängnis.
- Erfeld.** Genossin Hartkopf wegen groben Unfugs 30 Mark Polizeibüße.

Insgesamt im Monat Juli: 22 Jahre 10 Monate Zuchthaus, 7 Jahre 4 Monate 14 Tage Gefängnis und 1290 Mark Geldstrafe.

August.

- Breslau.** Genossen Schmidt und Pache wegen Aufforderung zur Theilnahme an der Kaiserfeier angeklagt. — In der Berufungsinanz freigesprochen.
- Widau.** Gladowitz, Redakteur des „Gladauf“, wegen Verleumdung eines Bergwerksbesizers 1 Jahr Gefängnis.
- Leipzig.** Genosse Rehner wegen Tragens republik. Abzeichen (Kranz mit rother Schleife) 15 M. Geldstrafe bezw. 3 Tagen Gefängnis. — Desgleichen wegen Redens am Grabe 10 M. bezw. 2 Tage Haft.
- Magdeburg.** Wegen Majestätsbeleidigung, Beschimpfung kirchlicher Einrichtungen, Aufreizung zum Klassenhaß, begangen durch Verbreitung von Druckschriften, Genosse Königstedt 5 Monate, Genosse Reil 3 Monate Gefängnis und der Denunziant, Kolporteur Willborn, 5 Monate Gefängnis. Staatsanwaltschafts-Antrag je 3 Jahre Gefängnis. — Königstedt war 20 Tage lang in Ketten gelegt.
- Beuthen.** 5 Genossen wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz je 3 M. Geldstrafe.
- Dessau.** Genosse Weiler wegen Gendarmenbeleidigung 10 M. Geldstrafe event. 8 Tage Gefängnis.
- Guben.** Wegen Gotteslästerung in zwei Fällen Genosse Paul Jahn aus Berlin 9 Monate Gefängnis. Redakteur Braun von der Anklage auf Beamtenbeleidigung vom Amtsgericht in Braunschweig freigesprochen. Der Amtsanwalt hatte drei Monate Gefängnis beantragt.
- Elsterberg i. S.** Wegen Aufforderung zu einer nicht genehmigten Sammlung, Genosse Koblener 10 M. Geldstrafe.
- Dortmund.** Genosse Diederich, Redakteur der „Westf. Fr. Presse“, wegen Polizeibeleidigung 150 M. Geldstrafe.
- Sagan.** Wegen nicht sofortiger Folgeleistung auf die Aufforderung der überwachenden Beamten, den Saal zu verlassen, ein Arbeiter zu 30 M. Geldstrafe bezw. 6 Tagen Gefängnis.
- Leipzig.** Der Vorsitzende der Leipziger Buchdrucker-Tarifkommission 55 M. Geldstrafe, weil er ohne polizeiliche Genehmigung einen Aufruf an sämtliche Arbeiterblätter zur Unterstützung der Leipziger Buchdrucker erlassen.
- Hamburg.** Genosse Bär von der Anklage der Majestätsbeleidigung freigesprochen.
- Zeitz.** Redakteur Strzelewicz wegen Verleumdung 20 M. Geldstrafe.
- Nürnberg.** Der zwanzigjährige Zigarrenmacher Rung 3 M. Geldstrafe bezw. 1 Tag Haft, weil er trotz seiner Minderjährigkeit an einer Versammlung theilgenommen.
- Halle.** Maurer Frau Gercke in der Berufungsinanz von der Anklage der Fabrikantenbeleidigung freigesprochen.
- Sagan.** 17 Parteigenossen von der Anklage, bei der Kaiserfeier durch Borantagen von rothen Drachen, groben Unfug verübt zu haben, freigesprochen.
- Magdeburg.** Genosse Kater aus Barleben wegen Verleumdung des Magdeburger Schwurgerichts 2 Monate Gefängnis.
- Hannover.** Genosse Reister von der Anklage der Uebertretung des Vereinsgesetzes freigesprochen.
- Mainz.** Siebmacher Johann Geh aus Worms wegen Gotteslästerung 14 Tage Gefängnis.
- Dresden.** Der frühere Redakteur der „Sächs. Arb.-Ztg.“, Dergel, 50 M. Geldstrafe wegen Verleumdung.
- Alpoda.** Genosse Vandert wegen Erregung öffentlichen Aergernisses und groben Unfugs angeklagt. — vom Schöffengericht freigesprochen.
- Düsseldorf.** Der Vorstand der Filiale des Vereins deutscher Schuhmacher wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes zu 6 M. Geldstrafe.
- Berlin.** Der Redakteur des „Sozialist“ wegen Aufreizung zwei Monate Gefängnis. Der Verleger freigesprochen.
- Berlin.** Genosse Geffroy von der Anklage Aufreizung zu Gewaltthatigkeiten freigesprochen.
- Zwickau.** Wegen Verleumdung eines Geistlichen wurde die Fabrikarbeiterin Knott zu 2 Monaten Gefängnis verurtheilt.
- Dessau.** Genosse Schöps, Redakteur des „Volksbl. f. Anhalt“, wegen Lehrerbeleidigung 30 M. Geldstrafe event. 8 Tage Haft.
- Stahfurt.** Genosse Heine-Halberstadt wegen Gendarmenbeleidigung zu 200 M. Geldstrafe verurtheilt. Derselbe hat den Gendarmen von der Seite angesehen. — Genosse Grosse wegen angeblicher Ungehörigkeit — er trug bei dieser Verhandlung eine rotze Urtheile — 3 Tage Haft.

Insgesamt im Monat August: 3 Jahre 7 Monate 17 Tage Gefängnis und 764 M. Geldstrafe.

Soziale Ueberblick.

An die Arbeiterschaft Deutschlands!

Wenn wir uns heute mit einem Appell an die gesammte deutsche Arbeiterschaft wenden, so geschieht es deshalb, um besonders die leider noch so große Zahl indifferenter Kollegen und

Kolleginnen für ein in der modernen Arbeiterbewegung immer mehr zur Geltung kommendes Kampfmittel zu erwärmen, durch welches — bei allgemeiner Einführung — wir einigermaßen in der Lage sind, unsere berechtigten Forderungen mehr zur Geltung zu bringen.

Wir meinen die Einführung der Arbeiter-Kontroll-Marke resp. des Stempels deutscher Textilarbeiter. Durch das System der Arbeiter-Kontrollmarken erlangt man Einfluß auf den Konsum, d. h. auf die Absatzgebiete der Fabrikanten und damit auch auf die Produktion. Die großartige Macht, welche die arbeitende Klasse als Konsument besitzt, muß in Anwendung gebracht werden und zwar dadurch, daß die aufgefällte und zielbewusste Arbeiterschaft nur Waaren konsumirt, welche in geeigneter Weise gekennzeichnet sind.

Zwar ist es richtig, daß das System der Arbeiter-Kontrollmarke resp. Stempel sich nicht auf alle Gewerkschaften ausdehnen läßt, daß es vielmehr noch verschiedene geben wird, die zum Streik als Waffe greifen müssen. Aber es dürfte auch Jedem einleuchten, daß diejenigen Gewerkschaften, welche durch Unterstützung der Marke das neue Hilfsmittel in Anwendung bringen konnten, die streikenden Gewerkschaften materiell viel thätiger unterstützen können, unterstützen müssen, also dadurch die Kampfesfähigkeit derselben bedeutend erhöht wird.

Es könnte eingewendet werden, daß die Waaren durch das Marken- resp. Stempelsystem bedeutend verteuert würden. Darauf ist zu erwidern, daß ein Grund zur Verteuern nicht vorhanden ist. Es dürfte auch einleuchten, daß es weit besser ist, für ein Stück Waare einmal etwas mehr zu zahlen, als auf der einen Seite dem Fabrikanten die Waare abzukaufen und auf der andern Seite seine streikenden Arbeiter zu unterstützen, namentlich wenn man bestimmt weiß, daß den Arbeitern der betreffenden Branche dadurch geholfen wird, was beim Streik leider selten der Fall ist.

Wenn man weiß, daß die in der Textil-Industrie entwickelten technischen Hilfskräfte unsere Löhne zu wahren Hungerlöhnen in des Wortes vollster Bedeutung heruntergedrückt haben; daß die Frau und das Kind ebenfalls als billige und gefügige Objekte als Konkurrenten für die Männer auftreten, so ist es nicht zu verwundern, daß die Löhne, besonders in der Wirkwaren-Industrie, so traurige geworden sind, wie jetzt, wo ein vollbeschäftigter Arbeiter mit fünf bis sechs, höchstens acht bis neun Mark wöchentlichem Verdienst vegetiren muß, wobei die Wirkungen der Krisen noch gar nicht in Betracht gezogen sind. Daß bei einem derartig ausgebeuteten Arbeiterthum fast alle Streiks verloren gehen mußten, ist selbstverständlich, und so wußten auch die Wirker und Wirkerinnen von Chemnitz und Thalheim, als nach den letzten erfolglosen Streiks zahlreiche Maßregelungen stattfanden, keinen anderen Rath, als die Produkte derjenigen Unternehmer, welche ihren Arbeitern bei menschlicher Behandlung auch einen besseren Lohn zahlten, durch eigens hierzu beschaffte Kontrollmarken zu kennzeichnen.

Es ist aber selbstverständlich, daß diejenigen Unternehmer, welche höhere Löhne zahlen, von den profitwütigen Kapitalisten unterdrückt werden, wenn die Waaren der Ersteren nicht von der gesammten Arbeiterschaft bevorzugt werden.

Deshalb rufen wir: Arbeiter und Arbeiterinnen! Wer für gerechten Lohn und menschliche Behandlung eintritt, laufe nur Wirkwaren, als: Strümpfe, Posen, Jacken, Trikots, wollene Damenröcke, Hemden und Damenmützen, sowie alle gewirkten und gewebten Woll- und Baumwollwaaren mit der Kontrollmarke oder dem Kontrollstempel der deutschen Textilarbeiter.

Schon der erhebende Gedanke, daß diese Waaren von freien Arbeitern, aber nicht von Strafsfängern hergestellt sind, muß jeden rechtlich Denkenden veranlassen, nur solche Waaren zu kaufen. Das Kapital selbst treibt uns zu diesem Boykott und an den Arbeitern liegt es, ob derselbe erfolgreich ist.

Es ist von sehr vielen Unternehmern eine sehr beliebte Manipulation, die Waaren in Zuchthäusern für Spottlöhne herzustellen zu lassen, ganz gleich, ob die Arbeiterschaft Deutschlands dadurch physisch und moralisch zu Grunde geht. Gerade dadurch werden erst die Verbrecher großgezogen und weitere Arbeitskräfte in die Zuchthäuser gedrängt. (Dies ist der Zukunftsstaat der Kapitalherrschaft.)

Auch für alle anderen in der Textilbranche erzeugten Produkte wird der Kontrollstempel zur Einführung gelangen. Schon bemühen sich die Weber, um für ihre Produkte dieselbe Einrichtung zu treffen.

Deshalb rufen wir nochmals:

Kauft nur Waaren mit Kontrollmarke oder Kontrollstempel!

Im Auftrage der Kommission für Kontrollmarke oder Stempel der deutschen Textilarbeiter: Karl Häbsch, Berlin.

Veranstaltungen.

Ueber Deutsch-Ostafrika berichtete am 6. September im Les- und Diskutir-Verein „Proletarier“ zu Pankow in Vorhardt's Vereinshaus, Schulzeff. 28. Genosse Kalmus. Nach Erledigung des Rassenberichts seitens des Kasslers und nachdem dessen Entlastung ausgesprochen war und der Verein beschloffen hatte, am Sonntag, den 9. Oktober, eine Agitationspartie zu unternehmen, an welcher sich voranzüglich der hiesige Gesangverein „Echo“ theilnehmen wird, erhielt Genosse Kalmus das Wort zu seinem Referate. Auf Grund des Tagebuchs, das er über seine Reise nach Dar-es-Salam und über seine Erlebnisse und Beobachtungen während der Dauer seines Aufenthalts daselbst geführt hatte, gab der Vortragende einen interessanten Einblick in die Verhältnisse und Zustände in der deutsch-ostafrikanischen Kolonie. Der Gang des Vortrages war ungefähr folgender: Seitens der Regierung sollten im vorigen Jahre einige tüchtige Fachleute nach Dar-es-Salam gesandt werden, um daselbst einige Häuser für die dortige Kommandantur und für eine Anzahl Ober- und Unterbeamter zu erbauen. Genosse Kalmus (Maurer) und mit ihm einige Kameraden hatten sich gemeldet; nachdem die nöthigen Kontrakte unterzeichnet waren, nahmen die Arbeiter von Familie und Freunden Abschied und traten die beschwerliche Reise nach Afrika an. Auf der Reise machte Redner die Beobachtung, daß in der schönen Stadt Kisibon die Häuser ganz besonders gleichmäßig, „eines wie das andere“, gebaut sind; bei Reapel bestieg er den Vesuv, von dessen Krater und Thätigkeit er eine kurze Beschreibung gab; im Rothen Meere beobachtete er fliegende Fische. Damit auch das bettere Moment zu seinem Rechte kam, mußten sich unsere Reisenden beim Passiren der „Linie“ der bekannten Laufe unterziehen, die jeder, der zum ersten Male den Äquator passiert, durchmachen muß. Redner beschrieb kurz die heiteren Einzelheiten dieser Prozedur. Am Bestimmungsort, in Dar-es-Salam, angekommen, mußten die Arbeiter erst für sich selbst ein Wohnhaus bauen, da es für sie keine Wohnung gab. Die Eingeborenen (Neger) wohnen in finsternen Höhlen und schlafen in denselben auf der Erde. Auch

